

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate

bro viergesaltene Blattseite 60 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; Veranlassungsangelegenheiten 20 Pf. Privatangelegenheiten sind der Betrag beizufügen.

Nr. 45.

Berlin, den 2. November 1912.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Diejenigen Zahlstellen und Gaue, die eine Abrechnung für das dritte Quartal noch nicht an die Verbandskasse eingekandt haben, werden ersucht, unverzüglich das Versäumte nachzuholen.

2. Die Zahlstelle Stößen ist eingegangen und tritt dafür eine Zahlstelle in Osterfeld (Prov. Sachsen) neu ins Leben. Reiseunterstützung wird in Osterfeld bis auf weiteres nicht ausbezahlt.

3. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde im Gau 13 der Buchbinder Ludwig Schuhmacher aus Grünstadt (Buchnummer 23 213).

Der Verbandsvorstand.

Noch mehr „Schutz den Arbeitswilligen“.

Der Ansturm unserer Scharfmacher aller Gattungen gegen das Streikrecht der Arbeiter hat sich neuerdings wieder merklich gesteigert. Vor wenigen Wochen konnte die Tagespresse berichten, daß sechs deutsche Bundesstaaten beim Bundesrat den Erlass eines Zuchthausgesetzes, das die „Streikluft“ der Arbeiter niederknüppeln soll, beantragt hätten. Obwohl diese Meldung ihr übliches Dementi fand, so erwies sich trotzdem, daß tatsächlich dem Bundesrat seit einiger Zeit ein von den Regierungen von sechs Bundesstaaten unterschriebener Antrag Sachsens vorliegt, der „reichsgesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen“ fordert. Außer diesem Antrag sollen noch etliche Dutzend Eingaben von Berufsvereinen des Handels, der Industrie und des Handwerks dem Bundesrat zugegangen sein, die sämtlich ebenfalls um reichsgesetzliche Maßnahmen gegen den Terrorismus der freien Arbeiterbewegung ersuchen. Man sieht, unsere Scharfmacher werden nicht müde, nach einem stärkeren Schutz für die Arbeitswilligen zu schreien, obwohl jeder Tag uns neue Beispiele dafür bringt, daß das Gesindel, das sich vorwiegend unter der Bezeichnung als Arbeitswillige zur Unterdrückung selbst des berechtigtesten Streiks gebrauchen läßt, nicht nur gar keines besonderen Schutzes bedarf, sondern sich vielmehr schon längst als eine öffentliche Gefahr erwiesen hat.

Wenn nun unsere Scharfmacher trotzdem beharrlich und ohne Unterlaß nach einem größeren Schutz der Arbeitswilligen schreien, so zeigt sich darin, daß es ihnen bei diesem Schrei nach dem Zuchthausgesetz um etwas ganz anderes zu tun ist, als um den angeblichen Schutz der Streikbrecher. Die in allen möglichen Variationen beständig wiederholte Forderung stützt sich vornehmlich auf die Behauptung, daß die gewerkschaftlichen Organisationen die Teilnahme der Arbeitswilligen an dem Streik durch die Anwendung eines widerrechtlichen Zwanges zu erreichen suchen. Je öfter dieser Behauptung die ihr innewohnende Unwahrheit offenkundig nachgewiesen werden kann, um so öfter findet sie ihre Wiederholung, ist sie doch als eines der Klänge in den Sprachschack der Widersacher unseres gewiß nicht allzu weit reichenden Koalitionsrechtes aufgenommen worden. Wichtig mag es wohl sein — und die organisierte Arbeiterschaft gehört zu den allerletzen, die dies abstreiten wollten — daß bei Streiks oder Ausperrungen einzelne Verstöße gegen

die Bestimmungen, die das Koalitionsrecht regeln, vorkommen. Diese Verstöße aber sind in der Regel von der Gegenseite in irgendeiner Form provoziert oder aber es sind „Verstöße“, denen man schon Gewalt antun muß, um sie als solche bezeichnen zu können. Trotzdem aber werden sie durchgängig hart bestraft, härter, als manches tatsächliche Verbrechen. Wer denkt da z. B. nicht mit Entsetzen an die Schreckenurteile, die der letzte Bergarbeiterstreik zeitigte, wo wochenlange Gefängnisstrafen nur wegen des Wortes „Pfui“ verhängt wurden, wobei man selbst Säuglinge ins Gefängnis einziehen ließ zur höheren Ehre von höchst zweifelhaften Subjekten, denen rein gar nichts geschehen ist, als daß sie nur etwas von der Seite angesehen wurden. Mit solchen angeblichen Verstößen gegen das Streikrecht ist es also nichts und es ist einfach plumper Schwindel, wenn unsere Scharfmacher den Glauben erwecken wollen, daß solche Verstöße es sind die ihnen den Schrei nach dem Zuchthausgesetz abpressen. Es ist vielmehr etwas ganz anderes, dem ihr Kampf gilt: Ihre Furcht vor der Ausbreitung der Arbeiterorganisationen läßt sie diesen Kampf führen! Die notwendigen und unanschätzbaren Bemühungen dieser Organisationen, durch mündliche und schriftliche Aufklärung die indifferenten Arbeiterschichten zum Zusammenschluß mit ihren Berufsgenossen und Genossinnen zu bringen, um in Gemeinschaft mit diesen den Unternehmern abzurufen, was diese nicht freiwillig geben wollen, die sind es, denen der Kampf der Scharfmacher und deren Helfershelfer gilt. Die Sorge um den Profit gebietet ihn, die Angst vor der Aufklärung der Massen.

Freilich passiert es sehr selten, daß dieses als Grund zu der Forderung nach verstärktem Arbeitswilligenschutz angegeben wird. Aber nach dem Grundsaß, den vor Jahren ein Agrarier aufstellte, nach dem „der dümmste Arbeiter auch der beste ist“, handelt man noch heute genau so, wie man es schon vor Jahren tat.

Dieser Kampf gegen das Koalitionsrecht oder — um die offizielle Lösung zu gebrauchen — das Verlangen nach „mehr Schutz den Arbeitswilligen“ ist keineswegs eine Erscheinung der neueren Zeit, es ist vielmehr genau so alt als wie das Recht auf Vereinigung. Denn kaum waren im Jahre 1869 durch die Gewerbeordnung die Koalitionsverbote aufgehoben worden, kaum hatten die Arbeiter begonnen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, als noch nicht daran gedacht wurde, besonderen Streikgeboten zu frönen, da fing das Unternehmertum schon an, zwecks Wiederaufhebung der kaum gegebenen Koalitionsfreiheit auf die Regierung einzuwirken. In Rundgebungen aus jener Zeit wurde offen ausgesprochen, daß die Arbeiter eine Einmischung der Arbeiter in ihre Autorität nicht dulden könnten. Nach einem Aufruf rheinischer Industrieller vom Dezember 1869 war es hauptsächlich darauf abgesehen, Streiks unmöglich zu machen, und zwar sollte dies geschehen durch den Ausschluß Streikender von jeder deutschen Arbeit. Schon damals also spielte die Idee einer Generalausperrung der organisierten Arbeiter und deren Ersatz durch „Arbeitswillige“ eine Rolle in den Reichen der Unternehmer, und die Klagen über den „Mißbrauch der Koalitionsfreiheit durch die Arbeiter“ beschäftigten schon zu Beginn der siebziger Jahre den deutschen Reichstag, dem Petitionen über diesen angeblichen Mißbrauch vorgelegt wurden. Doch auch damals

schon erkannte man in dem Vorgehen der Unternehmer gar bald den wahren Kern und der fortschrittliche Abgeordnete Vamberger traf unzweifelhaft den Nagel auf den Kopf, als er bei der Besprechung einer solchen Petition im Jahre 1873 erklärte:

„Der angebliche „Mißbrauch“ des Koalitionsrechtes durch die Arbeiter ist gar nicht das wahre Motiv zu dessen Bekämpfung; das wahre Motiv ist vielmehr die Tendenz, die Arbeitseinstellungen, welche unsere Industrie so un bequem behelligen, den Gebrauch des Koalitionsrechtes überhaupt, zu verhindern.“

Seit jener Zeit ist das Geschrei über den „Terrorismus der Gewerkschaften“, über „Streikausführungen“, über „Belästigungen Arbeitswilliger“ usw. nicht verstummt. Im Gegenteil! Der Ansturm gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter war nie heftiger als gerade jetzt, obwohl man bei ihm jegliche positiven Unterlagen entbehren muß, und Genosse Degien schilderte die gegenwärtige Situation in der Parteitagnummer der „Neuen Zeit“ überaus zutreffend, wenn er dort sagt: „Wenn man das gegenwärtige Geschrei der Unternehmer nach Schutz der Arbeitswilligen hört, möchte man annehmen, die Arbeiterschaft wäre in den letzten vierzig Jahren ungebildet, roher und gewalttätiger geworden. Daß dies nicht der Fall ist, daß im Gegenteil dank der entwickelten gewerkschaftlichen Organisation die wirtschaftlichen Kämpfe ruhiger und geordneter verlaufen, kann nur aus Böswilligkeit oder polizeiwidriger Unkenntnis der Dinge geleugnet werden. . . Aber es liegt System in dem gegenwärtigen Vorgehen. Das mangelnde Beweismaterial soll durch die Masse der von Unternehmervereinigungen gefaßten Beschlüsse ersetzt werden.“ Wir haben meynsach Gelegenheit genommen, auf die Anstrengungen der Unternehmer in dieser Sache hinzuweisen, so daß es überflüssig ist, diese im einzelnen zu kennzeichnen. Ist es doch überall das gleiche Lied, dessen immer wiederkehrender Refrain in allen nur möglichen Konnotationen in der Forderung nach Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter ausklingt.

Wie überflüssig alle diese Anstrengungen unserer Scharfmacher sind, zeigt sich darin, daß ihren Forderungen Rechnung getragen wird, auch ohne daß wir das formelle Zuchthausgesetz haben. Eine vortreffliche Illustration hierfür bot folgendes amtliche Schriftstück, das vor wenigen Wochen von der Tagespresse veröffentlicht wurde, und das sich auf einen Streik der Holzplakarbeiter in Tilsit bezieht:

U. R. Insterburg, 4. 9. 12.

Dem Fußwächter Penski.
Sie werden hiemit nach Tilsit zur Unterdrückung eines Streiks kommandiert. Meldung beim Oberwachmeister Belling in Spittler. Karabine ist mitzubringen. Austritt des Kommandos sofort nach Empfang dieses Befehls. Ihre Vertretung übernimmt der berittene Wachmeister Gorki.

Pierkowski, Oberwachmeister.

Ist dies nicht noch besser als ein Zuchthausgesetz? Bei einem solchen drohen dem Ausständigen nur schwere Freiheitsstrafen, während bei einem Kommando, wie dem hier wiedergegebenen, dem Streikführer die Todesstrafe in Aussicht gestellt ist. Denn wie kann der Polizist, Gendarm und Soldat seine Aufgabe anders auffassen, wenn er zur Unterdrückung eines Streiks mit dem Karabineer kommandiert wird, als daß er von diesem Geschießen unter Umständen auch Gebrauch machen soll? Und ein solches Kommando wird nicht vereinzelt dastehen, denn nur einem Zufall ist es zu danken, daß das obige an die Öffentlichkeit kam.

Doch trotz solcher haarsträubender Behandlung der um ein besseres Brot kämpfenden Arbeiter geht die Gehe lustig fort. In der feindlichsten Kammer, dem preußischen Herrenhause, stellte in der Sitzung vom 12. März 1912 der Herr von Puttkamer einen Antrag, mit 72 Unterschriften versehen, der die Königl. Staatsregierung ersuchte, „alle erforderlichen Maßnahmen, nötigenfalls auch durch Einbringung von Gesetzesvorlagen, zu ergreifen, die geeignet erscheinen, Arbeitswillige und Gewerbetreibende in der Verwertung ihrer Arbeitskraft und in ihrer geschäftlichen Tätigkeit wirksam vor Vergewaltigung und Bedrückung, sei es, daß diese im Wege unmittelbaren oder mittelbaren Zwanges versucht werden“. Dem Antrage war folgende Begründung beigegeben:

„Die tägliche Erfahrung lehrt, daß der von der Umfurzpartei geübte Terrorismus auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens eine große Anzahl von Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden nicht nur in der berechtigten Ausübung ihres Berufes hindert, sondern sie vielfach auch körperlichen Mißhandlungen aussetzt. Dieser Zustand ist zugleich eine entsetzliche, das persönliche Verantwortungsgesühl vernichtende, die staatliche Ordnung beeinträchtigende Wirkung. Angesichts der gegenwärtig erneut drohenden Gefährdung der für die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Volksgesamtheit unerlässlichen Erwerbszweige ergibt sich in verstärktem Maße die Notwendigkeit, dem brutalen Treiben mit allen zulässigen Mitteln und mit tüchtigster Beschleunigung entgegenzutreten.“

Und in der Gesetzgebungsdeputation des sächsischen Landtags formulierte der konservative Abgeordnete Dr. Böhm am 26. Februar 1912 folgende Anträge:

„Zum Schutze der Arbeitswilligen werden gefordert:

1. a) gesetzliche Maßnahmen gegen das Streikpostenstreben; b) gegen die Störung des Friedens der Bevölkerung; c) gegen die Sabotage.
2. Stellung des Boykotts unter Strafe.
3. Außerkräftsetzung des § 152 der Gewerbeordnung für Staatsarbeiter.“

Daß der Berichterstatter das nötige „Material“ noch zur Verfügung stellte, versteht sich von selbst. Die Anträge sollen, wenn sie fertig „sichergestellt“ sind, der Reichsregierung zur weiteren Befolgung ans Herz gelegt werden.

Das sind nur ein paar von den vielen Beispielen, die da zeigen, in welcher Weise gearbeitet wird, um unser an sich schon so bescheidenes Koalitionsrecht noch mehr zu verkrümmern. Da findet man kein Wort von den Schandtaten jener Sippschaft, zu deren Schutz angeblich die Gesetzesmaschinerie in Bewegung gesetzt werden soll, kein Wort von den zahlreichen heimtückischen Totschlägen und vorsätzlichen

Arbeitswillige Revoluer u. Messer!

Am 16. September 1912 hat in Burg bei Magdeburg der Arbeitswillige Joseph Ruppert den organisierten Arbeiter Karl Fritzsche durch einen Schuß getötet!

Am 6. Juni 1912 geriet die Kaczmarekbande, die den Streik bei der Görlicher Waggonfabrik „brach“, sich gegenseitig in die Haare, der „Erfolg“ war, daß drei durch Revolverschüsse schwerverletzte Arbeitswillige — von ihren Mit-arbeitswilligen schwer zugerichtet! — auf dem Kampfplatz blieben!

Am 30. Mai 1912 wurde im Dorfe Lühelbuch bei Koburg der arbeitswillige Maurerpolier Hoffmann von seinen „Kollegen“ bei einer Suffkeilereie erschlagen!

Im März 1912 fielen als Folge der scharfmacherischen Grubenbesitzerpolitik während dreier Streiktage im Ruhrrevier vier Personen, von Revolbenkugeln getroffen.

Am 1. Oktober 1910 starb in Moabit der Arbeiter Herrmann an den Folgen einer schweren, durch Säbelhiebe erzeugten Schädelverletzung!

Am 11. Mai 1907 erschöß der Arbeitswillige Formner Rucholte den organisierten Arbeiter Höppler!

Am 13. Oktober 1906 schoß der Arbeitswillige Reumann den organisierten Arbeiter Nibel nieder! Es war beim Hafnarbeiterkampf in Kiel.

Am 9. Oktober 1906 erstach der Streikbrecher Motarsky in Gera den organisierten Pandarbeiter Erb!

Die Nürnberger Morde, die „Schießübung“ des Gießereibesizers Bunderhaden, die einen Arbeiter das Leben kostete, die Unmasse der in Moabit, im Ruhrrevier und in anderen Städten Verletzten sind nicht mit aufgezählt. Die Liste würde zu lang, zu fürchterlich!

Und solche Elemente sollen staatlich noch mehr geschützt werden!

Mordtaten, von denen wir nebenstehend nur eine ganz bescheidene Zusammenstellung bringen. Man kann nicht mit der Ausrede kommen, solche Verbrechen nicht zu kennen, sind diese doch bereits gerichtsmotivisch geworden. Erst dieser Tage wieder hat die Hamburger Strafkammer sich mit einem dieser „nützlichen Elemente“ zu befassen gehabt, wobei die Aussage eines Fabrikanten ergab, daß „die Herren Streikbrecher meist Gestindel, Verbrecher, Rombies, Messer- und Revolberhelden waren und er froh gewesen sei, als er diese nach wenigen Tagen wieder abschließen konnte“. Und ob solchen Gelichters werden ehrliche friedliche Arbeiter auf alle Arten belästigt und schikaniert und ständig mit schweren Freiheitsstrafen bedroht! Das sind Zustände, die in einem Rechtsstaate, wie ja Deutschland angeblich einer sein soll, unmöglich sein müßten. Aber bei uns wird ja nicht nach den volkstümlichen Rechtsbegriffen entschieden, sondern Klasseninteressen beherrschen das gesamte öffentliche Leben.

Es bleibt darum aber auch dabei, daß hinter dem Geschrei nach „mehr Schutz den Arbeitswilligen“ nichts anderes zu verstehen ist, als die äußerste Beschränkung der organisierten Arbeiterchaft in der Ausübung ihres Koalitionsrechts. Deshalb soll dieser „Schutz“ in erster Linie erreicht werden durch das Verbot des Streikpostenstehens. Wenn die kämpfenden Arbeiter auf jeden Versuch verzichten müssen, die Streikbrecher auf das Erbarmliche ihres Luns aufmerksam zu machen, dann soll ihnen damit auch jede Aussicht genommen sein, ihren Kampf siegreich zu Ende zu führen. Und das ist der Zweck der Uebung, die wirkliche Absicht der Scharfmacher, die sich hinter dem Geschrei nach verstärktem Arbeitswilligenschutz verbirgt. Darum aber auch gibt es nichts Verlogeneres als wie diese Forderungen, und daß unsere Scharfmacher und deren Helfershelfer selbst von der Unlauterkeit derselben durchdrungen sind, wird treffend illustriert durch die Tatsache, daß sie ihr „Material“ der Regierung nur unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit zustellen. Und so wird denn die Gesellschaft, die vielfach dem Abhub der Menschheit entkommt, noch weiterhin in deutschen Landen durch unsere Scharfmacher höher bewertet werden, als anständige, ehrliche, arbeitame Menschen, deren ganzes Verbrechen darin besteht, freihetlichen Gedanken zu hulldigen und Gleichberechtigung zu erstreben. Gegen eine solche entwürdigende Einschätzung aber müssen alle diejenigen protestieren, denen ihre Arbeiterlehre mehr gilt als das Gelbsackinteresse der Scharfmacher, und dieser Protest kann nicht besser zum Ausdruck gebracht werden als durch eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen.

Nummer 36.

Ein Erlebnis von R. S. Lustig.

Das große Sterben im Berliner städtischen Obdach, das die Oeffentlichkeit so lange beunruhigte und aufregte, bis es sich herausgestellt hatte, daß keine Infektionskrankheit die Ursache war, weckt in mir die Erinnerung an die Zeit, in welcher ich vor vielen Jahren in einem Obdachlosenasyl einer süddeutschen Hauptstadt eine Nacht verbringen mußte. Ich hatte schon einmal beabsichtigt, dieses Erlebnis zu beschreiben — damals, als ich in einer illustrierten Zeitschrift las, wie gerade diese Anstalt als mustergültig hingestellt und über den grünen Klee gelobt wurde —, um zu zeigen, daß dieses Nachtasyl der Vermissten unter den Armen vielleicht einem oberflächlichen Beschauer den Eindruck einer Musteranstalt machen kann, daß aber derjenige, der gezwungen ist, dort zu übernachten, ein anderes Lied davon zu singen weiß. —

Es regnete an diesem Tage dermaßen, daß wir nicht einen trockenen Faden mehr am Leibe hatten. Die Landstraße war aufgeweicht und das Wasser floß uns oben in die Schuhe hinein und unten wieder heraus oder umgekehrt, ich weiß nicht mehr ganz genau, wie es war. Schön war es jedenfalls nicht.

Meine beiden Reisegefährten beschloßen einige Wassinationen vor der Hauptstadt, sich mit dem nächsten Personenzug dahin befördern zu lassen. Ich aber hatte am wenigsten Geld in der Tasche und setzte darum meinen Weg zu Fuß mit stoischem Gleichmut fort. Vorher hatten wir unser nächstes Zusammentreffen vereinbart, dann noch ein Händedruck und ich stapfte allein meines Weges weiter.

Nach einer Stunde etwa hörte es auf zu regnen und bald darauf holte ich einen Waldbruder ein, einen sogenannten Speckjäger, einen alten, mit allen

Kniffen der Junst ausgerüsteten Burschen, der nachdem die üblichen Fragen über das Woher und Wohin erledigt waren, mir zuredeht, mit ihm im städtischen Asyl zu übernachten. Da das wenige Geld, das ich gehabt hatte, bei mir trotz der kühlen Tage zusammen geschmolzen war wie Butter in der Pfanne, nahm ich ohne weiteres seinen Vorschlag an. Das Asyl lag weit draußen und unterwegs schon trafen wir mehrere, die dem gleichen Ziele zustrebten.

Es war noch etwas zu früh, als wir hinkamen, und wir mußten mit unserer durchnässten Kleidung vor dem Tor warten. Als endlich geöffnet worden war, erhielt jeder von uns beim Eintritt eine Wachmarke mit einer Nummer. Ich erhielt die Nummer 36. Von diesem Augenblick an hörten wir auf, zweifelhafte Geschöpfe ohne Federn zu sein, Menschen genannt. Jeder war nur noch eine Nummer. Mit unserem Namen hatten wir nur noch einmal etwas zu tun und zwar, als wir in das Register des Kaufes eingetragen wurden. Bei dieser Gelegenheit wurden uns auch die Ausweisschriften abgenommen und dann ging's auf eine bis anderthalb Stunden in einen fahlen Vorraum, in dem nur wenige Sitzgelegenheiten waren, weswegen die meisten stehen mußten. Dort hatten wir auch vom Hausvater verschiedene lehrreiche Vorträge darüber zu hören, daß jeder für seine geringen Fähigkeiten selbst verantwortlich sei und daher die Aufbahrung seiner Sachen sehr sorgfältig vornehmen müsse. Fast jedesmal werde etwas gestohlen. Ueber das „Wie“ der Aufbahrung verriet er uns nichts näheres, denn Kleiderräume gab es nicht. Endlich konnten wir diesen unheimlichen Raum verlassen, in dem sich durch die zahlreichen eng aneinander gepreßten Menschenleiber und die dunstende nasse Kleidung eine fürchterliche Luft entwickelt hatte.

Es ertönte der Befehl: „Ausziehen, ins Bad!“ Da dachte ich mir, das wird was Feines, ein warmes

Bannenbad. Dies wäre nach diesem anstrengenden Tag auch wirklich ein Genuß gewesen. Es kam aber anders. Wir stürzten alle in einen Nebenraum, mein erfahrener Reisegefährte reizt mich aber noch ein Stück weiter. Wir entledigen uns hastig der durchnässten Kleidung, Schuhe und Wäschestücke und bevor ich sie noch in irgendeine vernunftgemäße Lage hätte bringen können, stopft sie mein Freund und Ökonomie wie einen Haufen nasser Lumpen hinter eine Wand, die dicht an der Wand steht. Ich will dagegen Protest einlegen, denn ich fürchte mich mit Recht, am anderen Morgen im Adamsgewand weggehen zu müssen, wenn die Kleider in diesem Zustand die Nacht über liegen bleiben. Zum Ordnen der Sachen war jedoch keine Zeit mehr, denn die ersten zehn kamen schon reichlich besuchet aus dem „Bad“ zurück und die Stimme des Aufsehers schallte laut durch die Räume: 11, 12, 13, 14 usw. bis 20. Die nächsten zehn marschierten, nur mit der Wachmarke bekleidet, in einen Raum von etwa 6 Meter im Quadrat, welcher mit genau 10 Duschgen ausgestattet war. Dieses „Bad“ hatte keinen Abfluß und je weiter die Nummerierung auf 100 bis 200 schritt, um so schmutziger wurde das Wasser, in das die einzelnen Asylbewohner hineinwaten mußten. Daß dies sehr appetitlich ist, wird wohl niemand behaupten wollen. Das Bad dauerte übrigens kaum eine Minute und die zwei oder drei Liter Wasser, die über die abgehärmten Gestalten herabgespült wurden, waren mehr „pro forma“, als daß damit wirklich eine Reinigung des Körpers erzielt worden wäre.

So wie das Bad war die Wäsche zum Abtrocknen, ein kleines Sandbad, genügend groß, um einen Säugling damit abzutrocknen aber nicht einen erwachsenen Menschen. Endlich war die schmuckvolle Prozedur, auf die ich mich vorher so gefreut hatte, vorüber und wir bekamen einer nach dem anderen nummernweise die Anstaltskleidung.

Aus unserem Beruf.

Grundsätze bei der Vergebung von Buchbinderarbeiten durch Arbeiterorganisationen und Parteibetrieb.

Unter dieser Stichmarke war in Nummer 36 der „Buchbinderzeitung“ eine Abhandlung erschienen, in der zu unserem Bedauern einige recht grobe Verstöße gegen die allezeitwichtigen Regeln bei der Vergebung von Buchbinderarbeiten durch Parteibetriebe festgestellt wurden. In den Zwischenzeilen haben sich noch weitere solche Verstöße ergeben, die uns zu der Aufforderung an unsere Kollegenchaft zwingen, viel mehr Achtung darauf zu geben, daß alle Arbeiterliteratur unter Bedingungen hergestellt wird, die unseren beruflichen Interessen in jeder Weise entsprechen. Vielfach wird Arbeiterliteratur nicht durch die Parteiverlage direkt, sondern durch Buchhändler vergeben, die ihre Aufträge dann an die Parteiverlage verteilen. Titel und Inhalt solcher Arbeiten lassen in der Regel ohne weiteres erkennen, daß es sich um ausgesprochene Arbeiterliteratur handelt. Wo solche unter Bedingungen hergestellt werden, die unseren beruflichen Interessen entgegenstehen, da mache man sofort Mitteilung an den Verbandsvorstand, damit durch dessen Eingreifen solche Uebelstände beseitigt werden. Die Arbeiterchaft hat ein Recht, zu verlangen, daß ihre Literatur unter einwandfreien Bedingungen hergestellt wird, sie hat aber auch die Pflicht, von ihren Parteiverlagen zu fordern, daß diese sich darum kümmern, unter welchen Bedingungen die Arbeiten hergestellt werden, die sie von bürgerlichen Verlagsanstalten beziehen. Unserer Kollegenchaft liegt es ob, die notwendige Aufmerksamkeit auf ihre Arbeitsprodukte zu haben.

Vereinigung deutscher Kunstbuchbinder.

Wie wir der Wiener „Papier- u. Karton-Ztg.“ entnehmen, ist in Leipzig Ende September unter dem Namen „Jakob-Krause-Bund“ eine Vereinigung deutscher Kunstbuchbinder gebildet worden, die sich mit der Wahrung und Förderung der Interessen der deutschen Kunstbuchbinder befassen wird. Zum Vorsitzenden wurde Herr E. Ludwig-Frankfurt a. M., zum Kassierer Herr Paul Kersten-Berlin, zum Schriftführer Herr Carl Sonntag jr.-Leipzig gewählt. Weitere Mitglieder der Bundesleitung sind die Herren Paul Adam-Düsseldorf und Otto Dorfner-Weimar. Der Bund wählt seine Mitglieder selbst und es werden demnachst Einladungen an die Erwählten ergehen.

Die Gründung dieses Bundes ist gewiß sehr zu begrüßen, da derselbe nur dazu beitragen kann, den kunstvollen Erzeugnissen unseres Gewerbes mehr Geltung zu verschaffen, das Verständnis dafür im Publikum zu heben, den Mitgliedern Anregung zu neuem Schaffen zu geben, besonders auch junge, begabte

Meister durch Wort, Schrift und Beispiel zu einem neuen, kräftigen, vernünftigen Nachwuchs heranzubilden. Auch in Fragen der Beschaffung edler Materialien wird sich dem Bunde ein weites Feld der Tätigkeit eröffnen; besonders in der Herstellung einwandfrei bearbeiteter Lederarten wird ihr Einfluß auf die betreffenden Fabrikanten gewiß von Nutzen für das ganze Gewerbe und dessen Abnehmer sein.

Den Namen „Jakob-Krause-Bund“ verdankt die Vereinigung einem hervorragenden Meister dieses Namens, der im 16. Jahrhundert als Hofbuchbinder des Kurfürsten August von Sachsen eine Reihe vorbildlicher Werke im Kunststeinband geschaffen hat.

Die neue Bromsilber-Konvention.

Die Bromsilber-Konvention, die Ende Mai d. J. abließ, brachte keine endgültige Einigung mehr zustande. Nur zu einem losen probatorischen Zusammenfluß führten die Bemühungen der Interessenten, die jetzt am 1. Oktober einen endgültigen Abschluß mit der Neugründung der „Neuen Bromsilber-Konvention“ brachten. Der Vereinigung gehören gegenwärtig folgende Berliner Firmen an: Albrecht u. Meister, Berlin-Neuroder Kunstanstalt, Neue Photographica, Neue Photographische Gesellschaft, Photochemie, Photograph, Schwefelger, Paul Fink, Schönberger Luxuspapierindustrie, Heliophot-Kunstverlag, Kunstverlag Jumo, Gustav Hierich sowie die Firma Hof.

Von auswärtigen Firmen haben sich ferner angeschlossen die Firmen: Regel u. Krug in Leipzig, Photographie Belge in Brüssel, die Ungarische Heliophot-Gesellschaft in Singen u. Co. in Budapest sowie die Wiener Heliophot-Gesellschaft Milič u. Co. in Wien.

Wie man sieht, besteht die Vereinigung also meistens aus Berliner Firmen, von deren namhaften Vertretern nur die Firma Gerlach sich ausgeschlossen hat. Wie die neue Vereinigung die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen wird, muß ja abgewartet werden. Doch scheint uns jetzt schon ziemlich sicher, daß nicht viel dabei herauskommen wird und ganz und gar nichts für die Arbeiterchaft, obwohl man ihnen oft genug erzählt hat, wenn die Preise stabil sind, keine Unterbietungen stattfinden, könne man ihren Wünschen mehr Rechnung tragen.

Wie es mit den Konventionen bestellt ist und wie man das Geschäft trotz den festgesetzten Preisen nach Belieben abschließt, darüber plauderte auf der vorjährigen Generalversammlung des Verbandes Deutscher Postkartengrossisten der Vorsitzende interessante Internas aus. Danach haben Fabrikanten der Konvention zwar formell die von dieser vorgeschriebenen Preise verlangt, aber auf Wunsch dem kaufenden Großisten einen nicht unbedeutenden Rabatt auf diese Konventionspreise herausgegeben!

Ob eine Einigung mit den beiden Verbänden der Postkartengrossisten erzielt wurde, darüber verlaute noch nichts. Bei der früheren Bromsilber-Konvention und dem „Schutzverband für die Post-

kartendindustrie“ einerseits und den beiden Verbänden der Postkarten-Grossisten andererseits hat es harte Zusammenstöße gegeben, weil die Fabrikanten eigenmächtig die Preise festgesetzt hatten, ohne die Wünsche der Grossisten zu hören. Hat die neue Konvention auch jetzt die Preise wieder eigenmächtig festgesetzt, so wären weitere Reibereien zwischen den interessierten Vereinigungen unanzweifelhaft; denn die Grossisten haben bewiesen, daß sie sich nicht so leicht beiseite schieben lassen.

Die deutsche Ansichtskarte im Weltverkehr.

Ueber die Bedeutung der deutschen Ansichtskarte als Ausfuhrware bringt die „Papier-Zeitung“ die nachfolgende interessante Zusammenstellung.

Im Juni 1870 wurde die Postkarte in Preußen in den postalischen Verkehr aufgenommen und noch im selben Jahre trat die bedruckte Postkarte oder Ansichtskarte ins Leben, deren Herstellung im Laufe der Jahrzehnte zu einem wesentlichen Teil der deutschen Papierverarbeitung wurde. Der Ausschöpfung in der Erzeugung von Silberpostkarten begann 1878, als der Weltpostverein zustandekam. Außer dem Druck werden zur Herstellung dieser Karten außerordentlich mannigfaltige Verfahren angewendet, z. B. Prägung, Photographie, Aufpressen von Verzierungungen usw. Die Herstellungsweise hat sich im Laufe der Jahre sehr vervollkommenet. Besonders die sogenannten Künstler-Postkarten eroberten sich schnell einen Abnehmerkreis. Die schwierigen Herstellungsverfahren wirkten auf die Preise erhöhend, dennoch wurden auch gute Sorten zu verhältnismäßig niedrigen Preisen abgegeben, so daß der Verbreitung der in Deutschland hergestellten Ansichtskarten im Auslande nichts entgegenstand. Diese Verbreitung hat im Laufe der Zeit einen beträchtlichen Umfang angenommen. Es gibt nur wenige Länder, die nicht Ansichtskarten aus Deutschland bezögen, wenn auch mitunter auf Umwegen.

Es finden sich jetzt Stimmen, nach denen die Blütezeit der Ansichtskarte als bereits bergangen bezeichnet wird. Dem kann nicht ohne weiteres beigestimmt werden. Sicher hat die Herstellung an Umfang zugenommen. Wenn trotzdem, wie unten ersichtlich, ein Rückgang in der Ausfuhr zu bemerken ist, so beruht das auf ungünstigen Zollverhältnissen und dem auch in anderen Ländern allmählich zum Vorschein kommenden Wettbewerb. In Deutschland sind rund 40 Proz. aller zur Post gegebenen Postkarten Ansichtskarten. Der Herstellungswert der in Deutschland jährlich erzeugten Ansichtskarten wird auf 40 Millionen Mark angegeben. Davon gehen im Durchschnitt 40 bis 50 Proz. ins Ausland. Die Ausfuhr von „Postkarten mit Bildruck, ein- und mehrfarbig, auch mit Prägnungen oder Rändern in Farben, Gold oder anderen Metallen“ betrug in den Jahren 1908 bis 1911:

und schauerhafterweise dienten die Handtücher, die gestern zum Abtrocknen unserer angefeuchteten Körper gedient hatten, heute zum Abtrocknen des Gesichts und der Hände. Sie waren lediglich aufeinander geschichtet worden und natürlich feucht zum Ausdrücken. Nicht etwa, daß jeder sein Handtuch erhielt, nein, jeder nahm eben eines, das er erwischen konnte. Gewiß ein hygienischer Vorgang! Ich zog es vor, mich mit dem Anfallstuch abzutrocknen, riskierte dabei freilich, daß mich einer der Aufseher anschauete. Aber kein Mensch hätte mich je bewegen können, ein solches Handtuch zu benutzen, mit dem sich ein anderer vorher den Körper abgetrocknet hatte, der weiß Gott was für eine ansteckende Krankheit gehabt haben konnte. Es ist ein Wunder, daß ansteckende Krankheiten bei dieser Art „Meinigung“ nicht noch mehr verbreitet werden.

Nachdem wir wieder nummernweise unsere Einbrennsuppe mit Brot erhalten hatten, die Anfallstuch zurückgegeben war, durfte ich meine zerfüllte Montur hinter der Bank hervorholen. Ich brauche nicht erst zu erwähnen, daß diese noch ebenso naß war wie am Tage vorher und daß ich jetzt erst wie ein echter Lumpenpagabundus aussah. Wenn ich die Nacht in einem Kleiderkasten zugebracht hätte, hätte ich nicht schlimmer aussehen können. Mein Hut wies diverse Weulen auf. Im Tasching hätte ich mir auf einem Lumpenball bestimmt einen Preis geholt.

Schließlich erhielten wir unsere Papiere zurück und die Zusicherung, noch zwei weitere Nächte dort schlafen zu können. Ich danke von ganzem Herzen. Erleichtert atmete ich auf, als ich mich auf der hellen Straße befand und verstand mit einmalem das Empfinden eines Sträflings beim Verlassen des Strafgefängnisses.

Empört über das, was ich nun erlitten, übersehe ich die Schar, wie sie sich in die Uniform Heidet, die dem einen viel zu lang, dem anderen zu kurz, dem dritten viel zu eng, dem vierten viel zu weit ist, und heiße Scham treibt mir das Blut ins Gesicht und Tränen in die Augen. Was hatte ich denn verbüßt, daß man mich wie einen Sträfling behandelt, mir eine Nummer gibt, mich in Sträflingskleidung zwingt? Ich bin arm, das ist alles. Verbrechen genug, denke ich mir, und es zieht mich durch den Kopf: wenn es ein Verbrechen ist, arm zu sein, mehr als ein Verbrechen kann es doch nicht sein, reich zu werden ohne Rücksicht auf Recht und Unrecht.

Ich war damals sehr jung und unerfahren, noch nicht abgetumpft so wie die anderen gegen diese unwürdige Behandlung, und was damals mein Herz und Hirn bewegte, mag für manche, die auf der Menschheit Höhen zu wandeln vermeinen, eine bedeutende Warnung sein. Bevor sie über die Unmoral der unteren Schichten den Stab brechen, mögen sie einmal gründlich über das eben Gesagte nachdenken.

Nachdem alle diese Prozeduren glücklich überstanden waren und wir in den Schlafraum eingelassen wurden, machten die übrigen „Nachtoilette“, das heißt sie kämten sich mit Stumpfen von Kämmen das Haar, bürsteten sich die Härte, mir aber kam das nicht in den Sinn. Ich war so niedergedrückt durch das Geschehene und Erkittene, daß ich an gar nichts denken konnte. Ueberdies hatte ich keine Ahnung davon, wo die anderen die Splitterscheiben von Spiegel und Kamm hergeholt hatten. Ich sah wie betäubt an einem der langen Tische, bis ich merkte, daß sich meine Tischgenossen über mich wütkerten und mein struppiges Aussehen bespötkelten. Ein heruntergekommener Friseurmeister erwarnte sich meiner. Mit gedücktem Kamm stand er bald neben mir und legte mein nach allen Richtungen strebendes Haar in wohlgeordnete Scheitel. Das erste,

was ich in diesen unfreundlichen Räumen erlebte, das mir das Bewußtsein wiedergab, daß ich Mensch unter Menschen sei.

Welche Ironie! Ein Heruntergekommener, ein Schnapsbruder, der nach Fusel roch, vermochte mir einen hübschen Menschentum wiedergeben, das die fürsorglichen Stabwäter mit ihrer Wohlthätigkeitsanstalt so barbarisch zerstört hatten.

Ich ließ mich dann mit meinen Tischgenossen in ein Gespräch ein und war nicht wenig erstaunt darüber, daß sie selbst das Ws! lobten und nicht begreifen konnten, daß ich etwas daran auszufehen fand. Nach einer Weile ertönte wieder das einöartige Zählen des Aufsehers und Nummer 36 holte sich in einem Wagnapf die Abendsuppe und ein Stückchen Brot dazu. Hierauf ging es wieder nummernweise in die eisernen Schlafsäle in die oberen Stockwerke. Auf jedem der eisernen Feldbetten mit einer Matrasse, Strohhopffüssen und Pferdebedeckte war am Kopfende eine Tafel angebracht, die der Name irgendeiner hochgeborenen Frau oder eines Fräuleins als Spenderin zierte, wofür in der Erwartung, daß der arme Knecht sie in sein Abendgebet aus Dankbarkeit einschließen möge. Wenn will ich hier gleich das Geheimnis verraten, daß wohl keiner der Weberbergern zu Abend gebetet hat, daß aber alle zähneklappernd über die Kälte und über die viel zu dünne Bettdecke fluchten und stundenlang keinen Schlaf finden konnten, weil es ihnen an den Füßen froh. Auch das mögen diese Herrschaften wohl bedenken, wenn sie zu einer solchen Geschmacklosigkeit ihre Einwilligung geben und in ihrer Eitelkeit die Namen zur Verehrung an diesen Stellen dienen lassen.

Schillerer Glockenklang ertönte und unausgeschlafen fliegen wir, vor Kälte zitternd, in die Räume von gestern abend herum. In dem Räume, in dem das „Wd“ war, konnten wir uns waschen

	in Doppel-	Wert in
	zetteln	Mill. Mk.
1908	51 550	20,6
1909	50 420	16,7
1910	37 833	13,8
1911	34 344	13,4

Diese Entwicklung stellt einen Rückgang dar von

	in Doppel-	Wert in
	zetteln	Mill. Mk.
1908 auf 1911	17 206	7,2
1. Halbjahr 1911	16 333	6,4
1. Halbjahr 1912	15 817	6,1

Demnach ist die Ausfuhr von 1908 an ununterbrochen zurückgegangen. Dieser Rückgang erklärt sich in erster Linie dadurch, daß der bisher hervorragendste Abnehmer, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, eine außerordentlich ungünstige Zolländerung getroffen haben, daß in den Vereinigten Staaten ebenso wie im britischen Königreich mehr Anfriskarten hergestellt werden als früher. . . .

Zm Jahr 1912 scheint die Gesamtausfuhr nicht so rasch abzunehmen als im Vorjahr, denn das erste Halbjahr 1912 steht im Gesamtergebnis hinter dem ersten Halbjahr 1911 nur um 566 Doppelzetteln im Werte von 254 000 M. zurück. Da jedoch der Hauptumsatz auf das erste Halbjahr entfällt, so dürfen zu große Hoffnungen nicht am Rückgang zum Stillstand kommt, sobald die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten auf dem niedrigsten Punkt angelangt sein wird und dieses Land die bisherige erste Stelle als Aufnahmeland von Postkarten an Großbritannien, das jetzt an zweiter Stelle steht, abgibt. Die Ausfuhr nach dem letztgenannten Lande hat aber im ersten Halbjahr 1912 gegenüber 1911 so bedeutend zugenommen, daß auf weitere Verbesserung zu rechnen ist. Drittgrößter Abnehmer ist Oesterreich-Ungarn, das in den Jahren 1908 bis 1911 je annähernd die gleiche Menge aufgenommen hat. Ferner sind weitere Großabnehmer Rußland und Holland. Nach Rußland ist die Ausfuhr stetig, wenn auch nicht bedeutend, gestiegen, während sie nach Holland in den erwähnten Jahren ungefähr gleich geblieben ist. Folgende Zusammenstellung zeigt dies:

	Groß-	Oesterreich-	Rußland	Holland
	britannien	Ungarn		
1908	6486	4919	1213	1666 dz
1909	4788	4228	1467	1586 "
1910	5144	4354	1628	1781 "
1911	5197	4824	1776	1700 "
1. Halbjahr 1911	2360	2403	700	872 "
1. Halbjahr 1912	3366	2020	1077	771 "

Nach diesem verspricht das laufende Jahr für die Ausfuhr nach Großbritannien und Rußland sich günstig zu gestalten. Verhältnismäßig gut entwickelt hat sich die Ausfuhr nach der Schweiz. Das Jahr 1911 brachte zwar einen Stillstand in der Aufwärtsentwicklung, dagegen hat sich das laufende Jahr durchaus von der guten Seite gezeigt. Ähnliches läßt sich auch von der Ausfuhr nach Italien, Belgien und Dänemark sagen. Nach Schweden hat der Absatz in den Jahren 1908 bis 1911 jährlich einen geringen Rückgang aufzuweisen, während das erste Halbjahr 1912 günstiger als im Vorjahre ist. Kanada und Frankreich zeigten in den Jahren 1908 bis 1910 geringere Aufnahmefähigkeit als im Jahre 1911, während das erste Halbjahr 1912 noch besser abschloß als im Vorjahre. Als fernere Absatzgebiete sind zu nennen: Norwegen, das 1911 gegenüber den Vorjahren zugenommen, im ersten Halbjahr 1912 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres aber abgenommen hat; Spanien, dessen Bedarf bisher stetig zunahm, ebenso wie Argentinien und Mexiko, wohin der Absatz im Jahre 1911 etwas nachgelassen hatte. Weitere nennenswerte Aufnahmelande sind Portugal und Rumänien.

Unsere ersten Erfolge in Brieg.

Dem Bericht in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ ist zunächst noch einiges nachzutragen. Es wird die Kollegenschaft insbesondere in den Großstädten interessieren, mit welchen Schwierigkeiten im Osten unseres lieben Vaterlandes die Kollegenschaft zu kämpfen hat, wenn es gilt, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Schon bei der ersten Aktion, die da unternommen wird, erscheint sofort die allzeit dem Unternehmertum hilfsbereite Dienstmaad, unsere Polizei, auf dem Plan. So auch im Brieg. Die erste gemeinschaftliche Betriebsversammlung erfreute sich ihres Patronats. Obwohl der Saal, der größte Brieg, geräumig genug war, um die Erschienenen zu fassen und von einer Auffälligkeit des noch neuen Saales erst recht nicht gesprochen werden kann, hielt sich die Polizei doch für verpflichtet, uns ihren „Schuß“ angedeihen zu lassen. Der Polizeigewaltige Brieg, der Herr Inspektor selbst, sahste vor dem Eingang Posto, während einige seiner Untergebenen im Saale Platz nahmen. In ihrer „Beschneidheit“

begehrten sie allerdings nicht die Anweisung eines angemessenen Platzes in der weder anmeldepflichtig noch überwachungsbedürftigen Versammlung. Nebenher tat die Polizei noch ein übriges. Der Erfolg war, daß uns das Lokal nicht mehr zur Verfügung steht. Nach langem Mühen ist es uns wieder gelungen, ein anderes Lokal für die nächste Versammlung zu bekommen. In den Wirten steckt eine Heidenangst vor der allmächtigen Polizei. Selbst der Wirt, bei dem der Buchdruckerverband und der Konsumverein ihre Versammlungen abhalten, vermeigerte die „revolutionären“ Buchbinderarbeiterschaft die Vergabe seines Saales.

Inzwischen sind nun die Forderungen, bestehend in einer dreiseitig zergliederten Lohnstarifvorlage, den Fabrikanten unterbreitet und bis zum 29. Oktober Antwort erbeten worden. Bevor jedoch noch die Antwortfrist abgelaufen war, setzten in den Betrieben ein wahres Kesseltreiben eines Teils der Werkmeister gegen unsere Mitglieder ein. Allen möglichen Schikanen, Beschimpfungen und Maßregelungen waren sie nunmehr ausgesetzt. Bei der Firma Heinze wurde ein Vorstandsmitglied sogar entlassen. Das einzige Verbrehen dieser Kollegin war, daß sie sich mit Eifer und gutem Erfolg an der Hausagitation für den Verband beteiligt hat. Bei der Firma Loewenthal verlangten einige Abteilungsleiter von unseren Mitgliedern, daß sie sich entscheiden sollten, ob sie im Betriebe oder im Verbandsbleiben wollten. Das veranlaßte uns, die Kollegenschaft dieses Betriebes für Sonntag nachmittag zu einer besonderen Versammlung zusammenzubringen. Schon in dem Flugblatt, welches die Einladung zu dieser Versammlung enthielt, wurde der Firma kein Zweifel über unsere Stellungnahme zu den Maßnahmen ihrer Werkmeister gelassen. Das Flugblatt, das am Eingange des Betriebes tags zuvor mittags beim Arbeitsschluss verteilt wurde, verheißte naturgemäß keine Wirkung nicht. Noch am Sonntagmorgen traf ein Schreiben des Betriebsleiters der Firma in Breslau ein, in dem die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ausgesprochen wurde und noch am Sonntagnachmittag kam es zu den ersten Verhandlungen, die am Montag fortgesetzt wurden und die dem Anschein nach zu einem Vertragsabschluss führen werden.

Auch die Firma Heinze hat inzwischen offiziell eine Antwort gegeben, die aber nicht an die Organisation, sondern an das Personal direkt ging. Sie ist interessant genug, so daß wir ihr im ganzen Umfang hier Raum geben wollen:

An unser Personal!

Von seitens eines Breslauer Agitators ist uns ein Schreiben nebst einem Tarifenwurf zugegangen mit der Aufforderung, diesen Tarif anzuerkennen.

Wir sind nicht geneigt, diesem Verlangen zu entsprechen, da wir grundsätzlich nur mit unseren Angestellten direkt, nicht aber mit uns unbekanntem Personal zu drängen suchen, verhandelt werden.

Wir hatten die Absicht, in der ersten Hälfte des nächsten Jahres bei Herausgabe einer neuen Preisliste die Preise unserer Fabrikate zu erhöhen und dann allen unseren Angestellten — je nach Art ihrer Beschäftigung — eine Lohnaufbesserung zuteil werden zu lassen.

Diese unserm Personal für nächstes Jahr zugeordnete Lohnerhöhung wollen wir schon jetzt — und zwar in Form einer Teuerungszulage — gewähren und zwar so lange, bis ein Lohnarif, der am 1. Januar 1913 in Kraft tritt, ausgearbeitet ist, der den Wünschen unserer Mitarbeiter nach Möglichkeit entgegenkommt wird.

Diese Zulage, die wir von vorgangenen Freitag an gerechnet gewähren, beträgt

- für Angestellte mit einem Wochenlohn bis zu 12 Mark — 1 Mark,
 - für Angestellte mit einem Wochenlohn über 12 Mark — 1 Mark 50 Pf.
- pro Woche und wird allen unseren Mitarbeitern, mit Ausnahme der Buchdruckerhilfen, deren Einkommen tarifamtlich festgelegt ist, an den üblichen Zahltagen ausbezahlt werden.

Besondere Wünsche — die künftigen Lohnverhältnisse betreffend — sind wir jederzeit bereit entgegenzunehmen, nur sind diese Wünsche nicht durch fremde Personen, die weder ein Interesse an der Fabrik noch an dem Wohlergehen der Angestellten und deren Familien haben, auszusprechen, sondern uns selbst oder aber unsern Meistern vorzutragen.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere Angestellten sich nicht zu Schritten verleiten lassen, die für alle verhängnisvoll ausfallen würden, daß sie sich vielmehr an das gute Verhältnis, das zwischen Arbeitgebern und -nehmern in unserer Fabrik bisher geherrscht hat, erinnern werden.

Wir verlangen für das unseren Angestellten bisher Gebotene keinen Dank, möchten aber in dieser ersten Stunde darauf hinweisen, daß wir immer bestrebt gewesen sind, das Los unserer Mitarbeiter zu verbessern.

Wir haben Unterstützungsstellen eingerichtet, für mehrjährige Arbeit Sparfassenbücher verabsichtigt, Sommerferien bewilligt und stets darauf gesehen, daß allen in der Fabrik beschäftigten Personen neben einer den hiesigen Verhältnissen entsprechenden Bezahlung stets eine anständige Behandlung zuteil wird.

Wer hierfür kein Verständnis hat, wem die Einrichtungen unserer Fabrik und die Bezahlung nicht zusagt, dem stellen wir anheim, seine Tätigkeit für uns aufzugeben.

Eine allgemeine Arbeitseinstellung fürchten wir nicht, denn eine solche kann uns in keiner Weise schädigen.

Unser Lager ist groß, so daß wir unsere Kunden auch dann bedienen können, wenn der Betrieb teiltweise ruht.

Dieserjenigen Personen aber, die zu uns stehen, werden wir zu schätzen wissen; wir werden Sorge tragen, daß Arbeitswillige ihrer Beschäftigung ungehindert nachgehen und durch etwaige Ausständige nicht belästigt werden.

Wer zu uns steht, den schätzen wir!
Brieg, Bez. Breslau, den 26. Oktober 1912.
L. Z. Heinze.
Theodor Heinze, Hugo Heinze.

Die Entscheidung über dieses Angebot, die beim Erscheinen dieses Berichtes auch schon gefallen sein wird, hat nunmehr die Kollegenschaft selbst registriert mag noch werden, daß die katholischen Arbeitervereine hier um ihren Bestand fürchten. In diesen Tagen hielten die beiden hier in Betracht kommenden Vereine Versammlungen ab, in deren Verlauf der Breslauer Sekretär der katholischen Arbeitervereine bei den Firmen Heinze und Loewenthal vorsprach. Während er bei der ersteren kurz abgewiesen wurde, stellte ihm die letztere anheim, auch seinerseits Lohnforderungen einzureichen.

Zum Streik in Hagen i. W.

Am 24. Oktober hat der Streik bei der Firma Schlegel u. b. d. Heyden seinen Anfang genommen, nachdem am 22. Oktober noch die Verbandsvertreter Groenhoff und Hornbach vorstellig geworden waren, um alle friedlichen Mittel zu erschöpfen. Herr v. b. Heyden verhandelte zwar stundenlang mit den beiden Vertretern, das Resultat war aber gleich Null, indem Herr v. b. Heyden folgende absolut unannehmbarere Bedingungen für die eventuelle Fortsetzung der Arbeit stellte: Erstens sollen die von ihm angebotenen Irritordpreise bestehen bleiben. Zweitens will er die Kündigung nicht von allen Beteiligten zurücknehmen, sondern eine Auswahl treffen. Drittens aber (und das dürfte der eigentliche springende Punkt sein und den Schlüssel zum Verständnis für das Vorgehen der Firma bieten) will Herr v. b. Heyden wissen, was mit dem 1. Januar des kommenden Jahres als Tarif gelten soll? Angeblich nur, „weil er in 6 Wochen den Nerger nicht noch einmal haben will“. Dabei ist Herr v. b. Heyden anscheinend gut unterrichtet über das, was die Tarifkommission der Gehilfen eventuell als Gegenstand der kommenden Beratungen aufzustellen gedenkt. Dafür scheint das ehemalige christliche Verbandsmitglied und Mitglied der Tarifkommission, der selbige „Meister“ Schneider hinreichend gesorgt zu haben. Die Vermutung, daß es sich um einen wohlüberlegten Angriff der Firma gegen die Tarifgemeinschaft handelt, dürfte hierdurch ihre Bestätigung gefunden haben.

So sind die Verhandlungen, wie übrigens vor- auszusehen war, ergebnislos geblieben. Sie haben aber die Situation vollständig geklärt und Herr v. b. Heyden hat sich selbst resp. seine eigenen Berechtigungen, die er in der „Freien Presse“, der „Papier-Zeitung“ und anderen Zeitungen veröffentlichte, gründlich widerlegt. Wenn er den Verbandsvertretern erklärte, daß er bis jetzt keine sachliche Berücksichtigung seiner Erklärungen gefunden habe, so brauchen wir bloß die vorhandenen Tatsachen reden zu lassen, damit er seine „sachliche“ Berücksichtigung bekommt. Das Karifschiedsgericht hat er abgelehnt, weil Herr Weber (Firma Weber u. Eichenberg) darin sitzt und er von diesem keine unparteiische Beurteilung erwarten könne, da er mit der Firma im Streit liegt. Dabei hat er aber nicht den geringsten Versuch gemacht, eine andere Zusammensetzung resp. einen unparteiischen Vorsitzenden vorzuschlagen, sondern er lehnte von vornherein jede Einmischung anderer Personen ab. Letzteres begründet er damit, daß bei ihm die neuen Irrordpreise mit dem Ausschluß geregelt seien. Dieser habe auf seine Frage, was ein junger Mann von 18—22 Jahren in Irrord verdienen müsse, gesagt: „55—58 Mk. in 14 Tagen“. Daraufhin seien die Löhne ausprobiert worden, mit dem Ergebnis, daß 60 Mk. und mehr verdient werden kann. Ergo sei alles hipp topp und im Lot.

Nebrigens, ein Arbeiterausschuß ist von der Firma nie richtig anerkannt worden! Stets wurden die etwa vorstehenden Ausschußmitglieder geschwächt, so daß es diesen bald leid wurde und sie entweder den Staub der Werkstätte von den Pantoffeln schüttelten oder ihr Amt niederlegten. Die aber, welche die Ehre oder, wenn man will, das „Wergnügen“ hatten, in der letzten kritischen Zeit als Ausschuß zu fungieren, wissen ein Lied von den „fachlichen“ Verhandlungen zu singen. Sie bestreiten zunächst entschieden, daß eine Einigung über die Akkordlöhne erzielt wurde. Herr v. d. Heyden hält einen Lohn von 58—60 M. und mehr als genügend für einen jungen Mann. Da müssen wir denn doch die tatsächlich verdienten Löhne einmal ansehen. Ein Kollege, der nach Angabe des Herrn v. d. Heyden als betriebsfremder, neu angefangener Gehilfe gleich pro Tag 4,50 M. verdient haben soll, kam in Wirklichkeit nur auf 4,15 M. Dabei ist es ein gesunder kräftiger Mann, den man, ohne ihm zu nahe zu treten, ruhig mit dem fachtechnischen Ausdruck „Hammer“ titulieren darf. Ein Kollege, 31 Jahre alt, Familienvater und bereits 9 Jahre im Geschäft tätig, also kein „junger Dachs“, mußte in der letzten 14-tägigen Lohnperiode mit 37,50 M. nach Hause gehen. Ein 26 Jahre alter Gehilfe, der auch schon 4 Jahre dort ist, leider aber bisher nicht organisiert war, bekommt einen Tagelohn von 3,25 M., also pro Woche 19,50 M. Dabei steht der tarifliche Minimallohn seit dem 5. Januar 1908 auf 23 M. Es handelt sich bei den Akkordpreisen auch nicht nur um „minderwertige“ Schulhefte und Diarien, an denen nach Herrn v. d. Heyden nur „junge Dachs“ beschäftigt sind, nein, stets wird auch an den anderen besseren Arbeiten abgezweigt; ja, es ist vorgekommen, daß bei Zeichenändern nachher der vereinbarte Akkordlohn nicht ausbezahlt wurde, sondern nur Tagelohn, was für den betreffenden Arbeiter einen Lohnausfall von 13 M. bedeutete. Löhne von 60—61 M. wurden nur dann erzielt, wenn es sich um Geschäftsbücher handelte und jeder, der diese Branche kennt, wird zugeben, daß 30 M. oder 30,50 M. pro Woche keineswegs als ein besonders glänzender Akkordlohn gelten kann. Angesichts dieser sachlichen, durch Lohnlisten belegten Berichtigungen wird es jedenfalls verständlich, wenn die Kollegen schließlich verbittert werden mußten. Es ist deswegen auch zu begreifen, wenn selbst die übrigen Arbeitgeber Hagens den Kopf schütteln und sich wundern, daß die Arbeiter sich das solange haben gefallen lassen.

Was nun die Ablehnung des Schiedsgerichts betrifft, so ist noch nachzutragen, daß seinerzeit ausdrücklich vereinbart wurde, daß die Akkordsätze bei gleichen technischen Einrichtungen die gleichen sein sollen. Das Original dieser Vereinbarung befindet sich in Händen des Herrn v. d. Heyden, während die Kopie dem Schiedsgericht vorgelegen hat. Vor zirka drei Jahren wurden nun bei Weber u. Eichberg technische Verbesserungen eingeführt, die zu einer neuen Festsetzung der Akkordpreise Anlaß gaben. Das ist natürlich nicht so ganz glatt abgegangen, sondern es bedurfte vieler und langer Verhandlungen, bis das Richtige getroffen wurde. Wäre es zu keiner Einigung gekommen, so hätte damals das Schiedsgericht auch entscheiden müssen und vielleicht hätte dann Herr v. d. Heyden mit zu Gericht gesessen und die Firma Weber u. Eichberg beurteilt, die Löhne zu zahlen. Jetzt führte Herr v. d. Heyden dieselben technischen Einrichtungen bereits bestehen. Er war auf Grund der oben erwähnten Vereinbarung verpflichtet, die gleichen Akkordpreise zu zahlen. Statt dessen wollte er einen Extraprofit herauszuschlagen und so setzte er die Preise bedeutend niedriger, was zum jetzigen Streik führte. Herr v. d. Heyden stellt nun in der „Papier-Zeitung“ die Behauptung auf, daß nach diesen geforderten Preisen die jungen Kollegen bei Weber u. Eichberg 80 M. in 12 Arbeitstagen verdienen müßten. Da letzteres nicht der Fall ist, so hat sich die Firma Weber u. Eichberg denn auch schon veranlaßt gesehen, den eigenartigen Bericht der „Papier-Zeitung“ zu berichtigen. Wir müssen anerkennen, daß sich diese Firma, ebenso wie auch die übrigen der Tarifgemeinschaft angeschlossenen, in diesem „Arbeitsstreit“ durchaus korrekt benommen hat. Wir verstehen deshalb auch, wenn diese Firma den gegen sie von Herrn v. d. Heyden erhobenen Vorwurf des Tarifbruchs zurückweist. Dies kommt auch in dem Schiedsgerichtsbericht zum Ausdruck, welcher folgenden Wortlaut hat:

„Die Tarifkommission weist den seitens der Firma Schlegel u. von der Heyden gegen die Firma Weber u. Eichberg erhobenen Vorwurf, dieselbe hätte bei Einführung einer anderen Arbeitsleistung bei der Diariensfabrikation Tarifbruch begangen, entschieden zurück. Die Kommission ist ferner der Ansicht, daß die

Firma Schlegel u. von der Heyden auf Grund der Abmachungen im Jahre 1908, nach welchen die Hagener Fabrikanten bei technisch gleichen Einrichtungen die gleichen Akkordpreise bezahlen sollen, verpflichtet ist, bei Einzelarbeiten in der Diariensfabrikation die gleichen Preise zu zahlen, wie sie seit 3 Jahren die Firma Weber u. Eichberg für dieselben bezahlt und von der Arbeiterschaft anerkannt worden sind.“

Als besonderes Charakteristikum mag noch folgendes dienen: Bei der Festsetzung von gewissen Akkordpreisen wurde den betreffenden Arbeitern gesagt: „Die Preise sind wie bei Weber u. Eichberg.“ Als aber die Arbeit fertig war, wurde sie wesentlich niedriger berechnet, und als dagegen Widerspruch erhoben wurde, erklärte man, nicht gesagt zu haben, die gleichen Preise werden gezahlt, sondern es sollte in gleicher Weise gearbeitet werden wie bei „Weber u. Eichberg“.

Doch genug davon. Der Lohnkampf hat begonnen, am Abend des 23. Oktober haben die Buchbinder und Linierer die Stätte ihres jahrelangen Fleißes verlassen. Herr v. d. Heyden jagte zwar, daß er keine Buchbinder mehr gebrauche, daß er vor allem keine Verbandsmitglieder mehr haben wolle und Gott sei Dank unabhängig sei. Er wollte sich auf die Schreibstiftfabrikation legen. Wir glauben aber, daß ihm seine alten Arbeiter bald genug fehlen werden und er sich wünschen wird, daß es nicht zu diesem Aeußersten gekommen sei. Jetzt glaubt er ja noch, im Recht zu sein. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, ihm zu zeigen, daß man gut und gerne eine andere Auffassung von dem ganzen Kampf haben kann und vielleicht revidiert er demgemäß seinen Standpunkt in sozialer Hinsicht zu einer mehr modernen Anschauung.

Große Hoffnungen darf man allerdings in dieser Beziehung vorläufig noch nicht hegen, denn als unsere Kollegen mit Sad und Bad die Stätte ihres Wirkens ruhig und anständig verließen, stand schon ein behelmter Hüter des Gesetzes vor dem Fabrikator, was man an anderen Tagen nicht beobachten kann. Die Behörde wird sich ja bald genug überzeugen, daß eine solche Maßregel nicht notwendig ist. Mindestens wird der Tarifstreit nicht mit der Polizeiaufsicht gelöst werden.

Zum Streik der Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen in Aichersleben.

Der Kampf in der Papierwarenindustrie nimmt immer schärfer Formen an. Auf beiden Seiten wird mit der größten Erbitterung gekämpft. Jetzt tritt auch das amtliche Organ für Aichersleben, der „Anzeiger für Aichersleben“, der solange geschwiegen, auf den Plan und beschuldigt, auf dem Gebiete der Scharfmacherei besondere Lorbeeren zu ernten. Schutz den Arbeitswilligen heißt es in der Nummer vom 23. Oktober, in der das Blatt sich bitter darüber beklagt, daß neben den Streikposten noch Personen vor den Fabrikbetrieben stehen, die die Arbeitswilligen notieren und sie auch ansprechen. — „Was wollen die Leute damit?“ fragt der Anzeiger, „die notierten arbeitswilligen Heimarbeiterinnen werden von Mitgliedern des Streikausschusses bezogen. deren Abgefunden aufgesucht und zur Teilnahme an dem Streike, zur Einstellung der Arbeit angehalten. Was da in den einsamen Wohnungen der fleißigen Heimarbeiterinnen vorgeht, wissen wir nicht immer. Jedoch hören wir aus den uns bekannt gewordenen Einzelheiten, daß man mit allen Mitteln arbeitet, für die das Wort Terrorismus geprägt ist und welches von der Streikleitung und ihren Agitatoren in allen Flugblättern und allen Versammlungen im Brustton der Ueberzeugung auf die Arbeitgeber angewendet wird.“ — „Gibt es denn kein Mittel, um die Arbeitswilligen gegen einen solchen Terrorismus zu schützen?“ — so heulmeiert der „Anzeiger“. Wir sind der Meinung, eher sollte man zum Schutze gegen die Arbeitswilligen aufrufen. Ist es doch vorgekommen, daß ein Streikposten stehendes Mädchen von zwei arbeitswilligen Fleckeln verhaften wurde. Eine andere Arbeiterin, die Streikposten stand, wurde von einer Heimarbeiterin, einer ziemlich robusten Dame, erst beschimpft und dann verhaften. Nicht besser sieht die Sicherheit anderer Passanten gegenüber diesen arbeitswilligen Damen aus. Zu deren nebeneinander ziehen sie mit ihren Stiepen auf dem Rücken die Straße entlang, so daß andere Passanten im weiten Bogen ausbiegen müssen. Darum kümmert sich aber das amtliche Organ, der „Anzeiger für Aichersleben“, nicht. Der Anzeiger hätte alle Ursache, das Bestreben der Streikleitung, die Einhaltung der in der Gernerbeordnung zum Schutz der Arbeiterinnen und Kinder getroffenen Bestimmungen zu unterfassen, als in dieser Weise gegen die um mehr Brot kämpfenden Arbeiterinnen und ihre Streikleitung zu gehen. Das darf man allerdings nicht von einem amtlichen

Organ erwarten, dessen Abonnentenziffer künstlich durch Zwangsabonnenten hochgehalten wird.

Wie pünktlich arbeitet dagegen doch die Polizei von Aichersleben. Am Sonntag, den 27. Oktober, konnte der Streikleiter der Polizei die Meldung machen, daß bei der Firma Westhorn eine Anzahl Arbeiterinnen entgegen den Bestimmungen über die Sonntagsruhe beschäftigt wurden. Kurze Zeit nach der Meldung waren bereits zwei Beamte in Uniform vor dem Fabrikgebäude, von denen einer hineinging und sich überzeugte, daß die Arbeiterinnen auch in das aufliegende Buch eingetragen waren. Einige Zeit nachher erschien auch der Gewerbeaufsichtsbeamte und stellte bei der Revision des Betriebes fest, daß 22 Arbeiterinnen mit — Aufräumungsarbeiten beschäftigt wären, zu denen Erlaubnis nicht erforderlich sei.

Eine Anzahl Gewerbegerichtsakten, die teils von der Firma S. C. Westhorn gegen streikende Arbeiter, teils von den Arbeitern und Arbeiterinnen gegen die Firma S. C. Westhorn angehängt waren, fielen sämtlich zuungunsten der Arbeiterschaft aus. Neuerdings geht die Firma S. C. Westhorn mit Strafanzeigen gegen die Streikleitung vor. Gegen ein an verschiedene Firmen gerichtetes Rundschreiben der Streikleitung wurde Gerichtsbeschluß erwirkt, in dem unter Androhung von 1000 M. Geldstrafe für jeden einzelnen Fall die weitere Versendung des Rundschreibens untersagt wurde. Am Sonnabend, den 26. Oktober, fand unter einem Aufgebot von einem Kommissar und drei Kriminalbeamten eine Hausdurchsuchung beim Streikleiter, Kollegen Kornader, statt. Damit ist ein Verfahren wegen versuchter Erpressung, Nötigung und Vergehen gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung eingeleitet worden. Auch diese Maßnahmen werden ein Schlag ins Wasser bleiben, sie sind nicht geeignet, den Widerstand der nach wie vor fest im Kampfe stehenden Kollegenschaft zu brechen.

Geht acht auf die Streikbrechergeheude. Im offiziellen Streikbrecher-Vermittlungsorgan unseres Vaterlandes, dem fassam bekannten Reichs Anzeiger, werden offen und verdeckt Streikbrecher für die verschiedenen gegenwärtig bestreikten Betriebe gesucht. Wir warnen unsere Kollegenschaft vor diesen Inzertaten und ersuchen um Mitteilung, wenn sich hinter den hauptsächlich beliebten Schiffsreparatur solche zweifelhafte Stellenangebote entspinnen. Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß Aichersleben zurzeit vollständig geherrt ist und daß Arbeitsangebote von da unter keinen Umständen angenommen werden dürfen. Zuwiderhandlungen ziehen den Ausschluß aus dem Verbands nach sich. Im Reichs Anzeiger suchen auch nichtbestreikte Aicherslebener Firmen unter Chiffre Arbeitskräfte, um so indirekt die bestreikten Firmen zu unterstützen. Wir machen ganz besonders hierauf aufmerksam.

Internationales.

Schweiz. In Biel ist es unseren Kollegen überraschend schnell gelungen, die Meister zu Zugeständnissen zu zwingen. Sofort nach der Kündigung sämtlicher Kollegen gaben die Meister nach und bereits am 16. Oktober wurde der neue Tarifvertrag unterzeichnet, der die sofortige Einführung des Neunstundentages vorsieht und eine Lohnerhöhung von 5 Proz. Der Minimallohn wurde folgendermaßen festgesetzt: Fürs erste Jahr nach der Lehrzeit 28 Fr., fürs zweite 31 und fürs dritte 32 Fr. — Leider gelang es den Unternehmern, den Ablauftermin auf den 30. Juni 1915 zu erzwingen, jenem Datum also, an dem auch in Zürich, St. Gallen, Basel, Bern usw. die Tarife ablaufen, so daß es also dann zu einer allgemeinen Lohnbewegung über die ganze Schweiz kömmt. Nun, unsere Kollegen sind es zufrieden; sie rüsten und sehen den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen.

Oesterreich. Von der erfolgten Gründung eines Reichsvereins der Kartonagenarbeiter und -arbeiterinnen Oesterreichs haben wir unseren Mitgliedern bereits in Nr. 40 Kenntnis gegeben. Dort wurde auch darauf hingewiesen, daß die von diesem Reichsverein nachgesuchte Anerkennung durch die österreichische Generalkommission aus prinzipiellen Bedenken abgelehnt worden sei. In der Zwischenzeit hat sich nun auch der Vorstand des österreichischen Buchbinderverbandes mit der Neugründung beschäftigt. Er beschloß am 25. September, seine Stellung zu dem neuen Verein erst dann zu präzisieren, sobald die endgültige Entscheidung der Generalkommission über die ev. Anerkennung gefallen sei. Jetzt nun hat diese ihre Bedenken gegen den Reichsverein der Kartonagenarbeiter fallen gelassen, nachdem durch den Verband der chemischen Arbeiter — dem die Kartonagenarbeiter vorher angehörten — kein

Widerspruch gegen eine eventuelle Anerkennung erhoben wurde. Der Verein der Kartonnagenarbeiter wird nunmehr — unter Beachtung einiger Vorbehalte, die der Buchbinderverband erhob — in den Verband der österreichischen Gewerkschaften aufgenommen.

Wir begrüßen den neuen Streiter für die Interessen eines Teiles unserer österreichischen Kollegenschaft und hoffen, daß sein Wirken mit-helfen möge, die noch so rückständige Lage der österreichischen Kartonnager und Kartonnagen-arbeiterinnen zu heben.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland.

Afchersleben und Umgegend.
Berlin (Firma Leo, Barthold u. Dürrenfeldt).

Grünstadt (Firma Schäffer).
Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).

Hainichen i. Sa.
Landsküt i. B. (Firma Smorowski u. Schmalitz).

Schweiz:

Neuenburg (Firma Delachaux u. Nieslé).

Zuzug fernhalten:

Deutschland.

Hanau.
Zeitz.

Schweiz.

Lausanne.

Hanau. Jeder hier Stellungsuchende hat sich vor Arbeitsannahme beim örtlichen Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

Grünstadt. Nachdem sich die Firma Schäffer beharrlich weigert, ihrem Personal das Recht zuzugestehen, sich im Buchbinderverband organisieren zu können, ist der Betrieb für unsere Verbandsmitglieder gesperrt! Werde niemand zum Sperrebrecher. Sperrebruch ist Streikbruch!

Stuttgart. In der besonders von Arbeiterinnen sehr gut besuchten öffentlichen Kartonnagerversammlung vom 25. Oktober stellte die Stuttgarter Kartonnagenarbeiterschaft ihre Forderungen auf. Eine begeisterte Stimmung kam in der Versammlung zum Durchbruch. Galt es doch erstmals als geschlossenes Ganzes unseren Arbeitgebern zu zeigen, daß auch die Kartonnagenarbeiterschaft den Ernst der Zeit erfaßt hat.

Kollege Hemminger, der im Auftrage der Kommission referierte, entlegte sich seiner Aufgabe in bester Weise. Er schilderte die Entstehung der deutschen Gewerkschaften und die großen Kämpfe, welche sie zu bestehen hatten, bis sie sich durchsetzen konnten. An der Hand reichen Materials gab er ein Bild von den Kämpfen, die unser Verband zu bestehen hatte. Nun gelte es zu zeigen, daß auch die Kartonnagenarbeiterschaft erwacht sei und an dem großen Kulturkampf des Proletariats teilnehme. Durch die fortgeschrittene Forderung aller Lebens- und Bedarfsartikel sei auch dem Indifferenten die Ueberzeugung gekommen, daß nur durch gemeinsames Handeln seiner bedrängten Lage abgeholfen werden könne. Zu unseren Forderungen übergehend, erklärte er, daß die Arbeitszeit in jedem Betrieb eine andere sei. Auch sei dieselbe durchweg eine höhere als sonst in der Stuttgarter Industrie üblich. Hier müsse etwas Einheitliches geschaffen werden und sei unsere Forderung auf 52½ Stunden nur berechtigt.

Die aufgestellten Löhne sehen Sätze für Kartonnagenarbeiter, die Anfänger sind, von 22 Pf. die Stunde vor. Diese steigern sich nach dreijähriger Berufstätigkeit auf 38 Pf. Kartonnagenarbeiter, die länger als 5 Jahre im Beruf tätig sind, sollen die Anfangslöhne der gelernten Arbeiter und dann deren Steigerung erhalten. Für gelernte Arbeiter werden gefordert im ersten Gehaltsjahre 40 Pf., im zweiten 43 Pf., im dritten 48 Pf., im vierten 54 Pf., für Spezialarbeiter 66 Pf. Die geforderten Löhne der Arbeiterinnen betragen für Lehrlinginnen 16 Pf. und steigern sich bis nach dreijähriger Berufstätigkeit auf 33 Pf. Ferner enthält die Vorlage noch Bestimmungen über Ueberstunden, Heimarbeit, Lohnzahlung,

Rüchdigung, Akkordarbeit und wird eine zweijährige Vertragsdauer gefordert. Mit einem kräftigen Appell an die Einigkeit der Kollegenschaft schloß Redner unter tosendem Beifall der Versammlung. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Vorlage aus. Dieselbe wurde einstimmig angenommen. Einstimmige Annahme fand auch folgende Resolution:

„In der Erwägung, daß die in der Stuttgarter Kartonnagen-Branche seit Jahren übliche Arbeitszeit eine längere als sonst in der Stuttgarter Industrie übliche ist, fordern die am 25. Oktober 1912 versammelten Kartonnagenarbeiterinnen und -arbeiter, daß eine zeitgemäße Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen wird.“

In der ferneren Erwägung, daß die zurzeit bestehenden Löhne durch die fortwährende Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel, sowie Steigerung der Mieten in ihrem Kaufwert wesentlich gesunken sind, wird eine den teureren Verhältnissen entsprechende, durchgreifende Regulierung der Löhne gefordert.

Die Versammelten erkennen die von der Kommission ausgearbeitete Vorlage als das Mindestmaß einer gerechten Entlohnung an.

Des weiteren erkennen die Versammelten an, daß nur durch eine starke Organisation die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft verwirklicht werden können. Sie verpflichten sich deshalb alle, soweit sie noch nicht organisiert sind, dem Deutschen Buchbinder-Berbande beizutreten und die der Organisation noch Fernstehenden für den Verband zu gewinnen.

Die Versammelten ersuchen die Kommission und die Ortsverwaltung, die ausgestellten Forderungen den Arbeitgebern einzureichen, Unterhandlungen anzubahnen und geben ihnen Vollmacht unter Berücksichtigung ihrer Wünsche mit den Unternehmern Abschlüsse zu treffen.“

Hiermit war der Aufmarsch der Kartonnagenarbeiterschaft vollzogen. Mit einem kernigen Schlußwort des Vorsitzenden und einem begeisterten Hoch auf den Verband und unsere Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Hagen. Am 21. Oktober fand eine öffentliche Versammlung der Buchbinder statt, die sich mit dem „Tarifbruch“ der Firma Schlegel u. v. d. Heyden beschäftigte. Bezirksleiter Groenhoff referierte. Bei der Bewegung handelt es sich nicht darum, daß große Massen von Arbeitern in Willkürschiffen gezogen sind, auch zeichnet sich die Bewegung nicht etwa dadurch aus, daß große oder bedeutungsvolle Forderungen erhoben sind. Nein, der Kampf ist in erster Linie ein prinzipieller, ein Kampf um s Recht, bei dem es sich darum handelt, ob der Arbeiter ein gleichberechtigter Kontrahent bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages sein soll, wie es in der Gewerbeordnung gesetzlich figuriert ist, oder ein willenloser Sklave, der sich seine Löhne widerstandslos diktieren lassen und Verschlechterungen ohne Wurren hinnehmen muß. Es handelt sich ferner darum, ob vereinbarte Verträge, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entweder in friedlicher Verhandlung oder als Resultat vorhergegangener Kämpfe zustande gekommen sind, ohne weiteres von einem einzelnen auf Kosten aller anderen durchbrochen werden dürfen. Redner verbreitete sich in einigen markanten Ausführungen über das Wesen der Tarifverträge, ihre Bedeutung für Arbeiter und Arbeitgeber und über die Organisationen als Träger und Förderer der Tarife. Er kam zu dem bündigen Schlusse, daß die Kollegen alle Ursache haben, eifersüchtig auf die strikte Einhaltung der abgeschlossenen Tarife zu sehen. Das sind sie nicht nur sich selbst schuldig, sondern es ist auch eine Ehrenpflicht gegenüber den anderen tariffreien Prinzipalen, um so mehr, wenn diese nicht mehr in der Lage sind, einen Druck auf den renitenten Außenfeind ausüben zu können. Referent schilderte dann in sachlicher Weise die Entstehung und den Verlauf der Differenzen mit der Firma.

Die ganze Art und Weise, wie die Firma vorgegangen ist, ihr Austritt aus dem Arbeitgeberverein, ihre Ablehnung des von ihr selbst seinerzeit mitgeschaffenen Schiedsgerichtes sowie die Androhung der Kündigung für diejenigen, welche den Tarifstrebenspruch als verbindlich ansehen, zeigt sich als ein wohlüberlegter Angriff auf die ganze Tarifgemeinschaft, dessen ganze Bedeutung erst klar wird, wenn man daran denkt, daß mit dem 1. Januar des nächsten Jahres der gegenwärtige Tarif abgelaufen sein wird und hoffentlich einem neuen Tarif Platz gemacht hat. Rücksichtsloser Eigennutz und das Bestreben, ihre Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, scheinen die Triebfeder der Firma zu sein und die Arbeiter sollen die Kosten dafür tragen. Dafür bedanken sich diese aber auf das allerentschiedenste. Ihre Löhne sind ohnehin schon bedeutend niedriger wie in den anderen Firmen und der Ausbruch Hunger-

Löhne, der von Herrn v. d. Heyden einmal selbst in bezug auf die Löhne seiner Buchbinder angewendet wurde, kann angesichts der außerordentlichen Teuerung zu einer unheimlichen Bedeutung gelangen, wenn dieser erste Schritt gelingen und konsequenterweise weiter geführt würde in der Richtung der Lohnreduktionen. Das muß abgewehrt werden und dabei müssen alle anderen Kollegen, ja die gesamte Arbeiterschaft mitwirken. Eventuell muß zu den äußersten Mitteln des wirtschaftlichen Kampfes geschritten werden. Aufgabe der in Betracht kommenden Organisationen und ihrer zentralen und örtlichen Instanzen wird es sein, die notwendigen Mittel zu beraten. Vor allem aber zeigt auch dieser Kampf wieder, wie notwendig kraftvolle, einige und zielbewußte Organisationen sind. Diese auszubauen und namentlich auch die große Zahl der weiblichen Berufszugehörigen immer mehr der Organisation anzuführen, muß die Aufgabe jedes Mitgliedes sein. Redner schloß mit dem Wunsch, daß dieser aufgezogene Kampf um s Recht würdige Kämpfer finden und zum Siege führen möge.

Herr Hornbach vom christlichen Verband schloß diese Ausführungen an und empfahl, den Boykott über die von Schlegel u. v. d. Heyden hergestellten Schulhefte und Diarien zu verhängen. Es dürften weite Kreise des Volkes vorhanden sein, die Einfluß auf den Kauf und Verkauf dieser Artikel hätten und denen es nicht gleichgültig sein könnte, ob diese in tariflichen oder tariffeindlichen Betrieben hergestellt seien.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der Vertreter des Kartells der freien Gewerkschaften sowie des Kartells der christlichen Gewerkschaften den Streitenden Sympathie und Unterstützung zusagten, fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die öffentliche Versammlung nimmt mit Enttäufung Kenntnis von dem rigorosen Vorgehen der Firma Schlegel und v. d. Heyden und erblickt in der willkürlichen Herabsetzung der Akkordpreise einen Tarifbruch. Im Zeichen der allgemein herrschenden Teuerung, sowie des bereits seit 4½ Jahren bestehenden Tarifvertrages wird es geradezu als unbegreiflich empfunden, die klaren Bestimmungen des bestehenden Vertrages durch bedeutende Verschlechterungen zu verletzen. Die Versammlung stellt sich deshalb auf den Boden des Tarifstrebens und brückt den streitenden resp. gemäßigten Kollegen ihre volle Sympathie aus. Die Versammlung verpflichtet, mit allen Mitteln die Arbeiter in ihrem Kampf um s Recht zu unterstützen und eventuell auch vor den schärfsten Mitteln des wirtschaftlichen Kampfes nicht zurückzufahren, falls die Firma von ihrem tariffeindlichen Standpunkt nicht abgeht. Die Organisationen werden beauftragt, diesbezüglich den Boykott in Erwägung zu ziehen.“

Wurzen. Am 5. Oktober erschien in der „Buchbinder-Zeitung“ der Bericht einer öffentlichen Versammlung, die sich unter anderem auch mit einer Rede des Herrn R. Zimmermann im Stadterordnetenkollegium beschäftigte. In dieser Rede wurde die Arbeiterschaft des Terrorismus bezichtigt und im Zusammenhang damit war gegen die Firma Zimmermann u. Breiter, die in einer Betriebskrankenlassen-Versammlung erklären ließ, sie dürbe auf keinen Fall die Aufstellung von Arbeitern des Betriebes zur Stadterordnetenwahl, der Vorwurf erhoben worden, daß sie in unzulässiger Weise in die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter eingreife und die Ausübung dieser Rechte durch Drohung zu hindern suche. Eine Resolution beurteilte den Standpunkt der Firma.

Nach dieser Versammlung entstand ein Schriftwechsel, der zu keinem Ergebnis führte. Deshalb wurden die Gauleiter der drei in Frage kommenden graphischen Verufe am 24. Oktober in der Firma vorstellig. Am gleichen Abend wurde in einer gut besuchten Betriebsversammlung folgendes berichtet:

Herr R. Zimmermann bestritt, daß hier Dinge vorliegen, die ein Eingreifen der Organisationen der Arbeiter notwendig machen. Das sei Sache des Arbeiterausschusses, der jederzeit Aufklärung hätte haben können. Es erwecke deshalb den Anschein, als solle eine politische Aktion aus der Sache gemacht werden. Bei einer Aussprache mit dem Arbeiterausschuß würde sich auch herausgestellt haben, daß von einem Verbot oder gar generellem Verbot der Kandidaturen keine Rede sein könne. Wenn diese Auffassung klar gegriffen habe, so liege das wahrscheinlich daran, daß die Erklärung in der Versammlung der Betriebskrankenliste dem Betreffenden schon nicht ganz sinngemäß übermittelte, von diesem aber noch unrichtiger weitergegeben worden sei. Jedenfalls sei es nicht Absicht gewesen, das aus der Sache zu machen, was es geworden sei. Es wäre lediglich Wunsch der Firma, daß diejenigen, die kandidieren wollen, vorher eine Vertändigung herbeizuführen suchten, damit bei etwaiger Aus-

übung eines Mandates Störungen im Betriebe sich nicht einstellen. Es ginge doch in keinem Betriebe, daß gleichzeitig mehrere sich im Arbeitsprozeß er-gänzende Arbeiter weggehen könnten und dadurch noch andere Arbeiter in Mitleidenchaft ziehen und die Produktion zum Stoden brächten. Nur das sei es, was die Firma vermeiden wolle.

In der Diskussion wurde darauf verwiesen, daß es nicht Schuld der Arbeiter sei, wenn die Sache so viel Staub aufgewirbelt habe. Dem Arbeiteraus-schüß könne gar kein Vorwurf gemacht werden. Warum habe denn die Firma ihre Erklärung nicht dem Ausschüß gegeben, sondern in der Krankent-fassenversammlung machen lassen, die für verzerrende Dinge doch gar nicht da ist. Sollte sich die Firma an den Ausschüß gewandt, so wäre wahrscheinlich das alles nicht entstanden. Das sehe natürlich vor-aus, daß der Arbeiteraus-schüß auch als solcher voll und ganz durch die Firma anerkannt würde. Ebenso wenig könne von einer politischen Aktion gesprochen werden. Der Vorgang bilde sozusagen ein Gegenstück zu der Terrorisismusstebe des Herrn R. Zimmermann.

Da nun nach den neueren Ausführungen, die direkt von Herrn Zimmermann ausgesprochen, von einem Verbot nicht mehr gesprochen werden kann, wurde die Angelegenheit als erledigt betrachtet.

Frankfurt-Offenbach a. M. Unter zahlreicher Beteiligung fand am 19. Oktober die Generalver-sammlung für das dritte Quartal statt. Den Ge-schäftsbericht gab Jmhof. Dem Bericht ist zu ent-nehmen, daß das verfloffene Quartal ein sehr ar-beitsreiches gewesen ist. Zur Erledigung der Ge-schäfte fanden 7 Vorstandssitzungen, 2 Sitzungen in Offenbach, 2 Mitglieder- und eine Generalversamm-lung in Frankfurt und 6 Bezirksversammlungen in Offenbach statt. Werkstüberversammlungen sind fünf abgehalten worden. Die Tarifkommission hatte 2 Sitzungen und eine Sitzung mit der freien Ver-einigung selbständiger Buchbinder. Ferner waren 3 Verhandlungen mit verschiedenen Firmen nötig, um kleinere Differenzen zu erledigen.

Zur Belegung der Agitation wurde eine Ver-trauensmännerstung abgehalten, in welcher die Agitationskommission verbollständigt wurde. Ferner fanden verschiedene Hausagitationen statt und hauptsächlich war die Kommission in Offenbach tätig. In Nied wurde eine Kartonnagerversamm-lung und in Offenbach deren 5 abgehalten. Das graphische Kartell hatte eine Sitzung. Der Mit-gliederbestand war am Anfang des Quartals 303 männliche und 145 weibliche und am Schluß 290 männliche und 173 weibliche. Es ist somit ein kleiner Zuwachs zu verzeichnen. Durch die Ver-schmelzung am 1. Juli ist auch ein Wendepunkt in der Geschichte der Zahlstellen Frankfurt und Offen-bach eingetreten.

Den Kassenbericht gab Meh. Aus dem Be-richt ist zu erfahren, daß die Einnahmen und Aus-gaben der Verbandskasse mit 3633,76 M. bilan-zieren. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 4250,39 M. und eine Ausgabe von 860,44 M., so daß der gegenwärtige Bestand 3389,75 M. beträgt. Aus dem Arbeitsnachweisbericht ist ersichtlich, daß sich 15 Kollegen und Kolleginnen am Orte und 62 Kollegen auf der Durchreise arbeitslos meldeben. Offene Stellen wurden 38 gemeldet, von denen 23 besetzt werden konnten. Meh erfuhr, jede offene Stelle sofort im Bureau zu melden.

Herr Dr. Herrling hielt sodann einen Vortrag über Schiller. Der Redner schilderte die verschiede-nen Lebenslagen des großen Dichters bis zu seinem späteren Aufschwung. Er erntete für seine vor-zurechtlichen Ausführungen lebhaften Beifall.

Unter „Geschäftliches“ gab Jmhof bekannt, daß sich das neue Quartal günstiger gestalten werde, da wir bereits in diesem Monat schon 60 Aufnahmen zu verzeichnen haben.

Regelsb. Am 20. Oktober fand die vierteljähr-liche Generalversammlung der Zahlstelle statt, in der der Vorsitzende Bauer den Geschäftsbericht gab. Nach diesem haben im letzten Quartal stattgefunden: eine Generalversammlung, 3 Vorstandssitzungen, 3 Mit-gliederversammlungen und 2 Werkstüberbesprechun-gen. Eine Versammlung mit anschließendem Unter-haltungsabend tagte im nahen St. Lönis. Die Mitgliederzahl ist auf zirka 160 gestiegen und ein weiteres Steigen steht bevor. Kollege Bauer er-mahnte die Kollegen, durch fleißigen Versammlungs-besuch sowie durch mündliche Agitation besonders unter den jugendlichen Berufsangehörigen für den Ausbau der Organisation tätig zu sein. Daß die Zahl der Jugendlichen steigt, zeigt Redner an der Hand eines Berichts der städtischen Fortbildungsschule. Demnach waren im Jahre 1909 57, 1910 61 und 1911 70 Lehrlinge in der Kartonnagen-branche tätig. Ferner plädierte der Vorsitzende für den Uebertritt in die höchste Vertragsklasse, wobei er die damit verbundene Invalidenunterstützung er-

läuterte. Bis jetzt steuern in der 4. Vertragsklasse 28 Mitglieder, in der 3. Klasse 113, in der 2. 2 und in der 1. Klasse 12 Kollegen. Er weist dabei darauf hin, daß der nächste Verbandstag sich jeden-falls mit der Frage zu befassen habe, daß die Kol-legen einer ihrem Verdienste entsprechenden Ver-tragsklasse angehören müssen. Nach kurzer Debatte hierüber gab Lehmann den Kassenbericht. Die Ver-bandskasse hatte im 3. Quartal eine Einnahme von 1217,28 M. und eine Ausgabe von 1128,84 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme inkl. Bestand von 1079,61 M. und eine Ausgabe von 359,11 M. In der Lokalkasse sind 720,50 M. enthalten. Kollege Weiswintler gab Bericht über die Verhandlungen im Gewerkschaftskartell. Der Punkt „Tarifangelegen-heiten“ nahm nachdem längere Zeit in Anspruch. Es wurde dabei festgestellt, daß immer noch ein-zelne Firmen vorhanden sind, welche die tariflichen Vereinbarungen nicht einhalten können. Für diese Betriebe sollen baldigst Betriebsbesprechungen abge-halten werden. Auch wird die baldige Tarifrevision hiergegen Front machen müssen. Unter „Verschiede-nes“ wurde von den Differenzen in Hagen i. W. Kenntnis gegeben und vor Annahme von Arbeit ge-warnt. Ein Antrag, für das vom Gewerkschafts-kartell vorgegebene Jugendheim 30 M. zu bewilli-gen, wurde einstimmig angenommen.

Bielefeld. Die am 21. Oktober stattgefundene Generalversammlung erfreute sich eines guten Be-suches. Zu wünschen wäre, daß das Interesse, welches die Anwesenden während der Erledigung der Tagesordnung zeigten, ein dauerndes bliebe. Denn so ganz befriedigen kann uns der Geschäftsbericht, den Kollege Geißler erstatten mußte, nicht. Die Kassenverhältnisse sind gute, aber in der Mitglieder-gewinning, besonders der weiblichen, könnte durch die Kollegenchaft etwas mehr getan werden. Im verfloffenen Quartal fanden statt: 1 General-, 3 Mitglieder-, 2 Werkstüberversammlungen sowie ein humoristischer Abend. Der Zahlstelle gehören 134 männliche und 32 weibliche Mitglieder an.

Nach dem Kassenbericht wurden 1083,90 M. für die Verbandskasse vereinnahmt. Die Ausgabe be-trug 328,03 M. Die Lokalkasse hatte eine Ein-nahme vor 1725,56 M. Bei einer Ausgabe von 221,49 M. bleibt ein Bestand von 1504,07 M.

Eine lebhafte Diskussion rief der Kartellbericht hervor. Besonders die für Bielefeld so dringend ge-wordene Wohnungsfrage wurde eingehend gewürdigt. Dem Antrage des Gewerkschaftssekretärs um An-stellung eines Gewerkschaftssekretärs und der Er-höhung der Kartellbeiträge von 10 auf 15 Pf. pro Person und Quartal wurde zugestimmt.

Zimmer wieder wird durch einzelne Unternehmer eine Durchbrechung des Tarifs insofern versucht, als sie sich bemühen, Kollegen unter Tarif einzustellen. Wir richten deshalb die dringende Mahnung an alle Kollegen, bei Arbeitsannahme nach hier sich strikte an den Tarif zu halten. Schon oft ist an dieser Stelle auf die traurigen Verhältnisse in den Kartonnagen-betrieben hingewiesen worden, leider ohne Erfolg. Insofern ist z. B. das Verhalten der Firma Gundlach H.-G. Arbeiter und Arbeiterinnen werden unter den schönsten Verprechungen nach hier gelockt, aber Verpfändungen und halten ist auch bei dieser Firma zweierlei. 22-jährigen Arbeitern bietet sie einen Tagelohn von 2,50 M. an. In der nächsten Zeit werden es die hiesigen Kollegen zu beweisen haben, daß sie genötigt sind, für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Goffen wir das Beste; denn Zeit ist es, daß auch für Bielefeld bessere Verhältnisse in der Kartonnagenindustrie ge-schaffen werden.

Stuttgart. Die Mitgliederversammlung vom 21. Oktober war leider sehr schlecht besucht. Der Vorsitzende teilte die Wahl des Kollegen Hemminger zum Ortsbeamten für Stuttgart mit. Er wünschte, daß die Tätigkeit Hemmingers stets im Interesse der Kollegenchaft sowie des Gesamtverbandes sein möge. Aus dem hierauf erstatteten Geschäftsbericht ist zu bemerken: Die erfreuliche Aufwärtsbewegung unserer Zahlstelle vom 2. Quartal hat dank der regen Tätigkeit der Kollegenchaft durch die Hausagitation auch im 3. Quartal angehalten. Neuaufnahmen wurden 170 gemacht. Der Mitgliederzuwachs beträgt 113 und ist damit der Mitgliederbestand auf 1562 ge-stiegen. Der Vorsitzende erwähnte noch kurz den Uebertritt des Kollegen Frey, die Einberlebung Eß-lingens, die Tarifkonferenz vom 22. bis 24. Sep-tember in Leipzig, die Einführung der städtischen Arbeitslosenversicherung, den Streik bei Moxer-Moth und unsere statistischen Erhebungen. Die Verwal-tung erlebte ihre Arbeiten in 8 Sitzungen, die Tarifkommission hatte zwei Sitzungen, die Konto-buchkommission eine und die Kartonnagenkommission deren drei. In Vertrauensmännerversammlungen fand eine statt, Mitgliederversammlungen drei, Werk-stüberversammlungen wurden 15 und Kartellver-

sammlungen 6 besichtigt werden. Zum Schluß seines Berichtes machte der Vorsitzende noch auf die Lohn-bewegung im Kartonnagengewerbe aufmerksam. Den Kassenbericht gab Hemminger. Die Verbandskasse bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 9125,05 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2505,48 M. und eine Ausgabe von 2140,47 M. und ist deren Bestand auf 20 443,65 M. gestiegen. Unter „Verschiedenes“ teilte der Vorsitzende mit, daß der Verbandstag im nächsten Jahre vom 15. bis 21. Juni in Stuttgart stattfindet. Ferner machte er auf die Veranstaltungen des Bildungsaus-schusses auf-merkzaam.

Bremen. In der Mitgliederversammlung vom 22. Oktober wurden zunächst die Geschäftsberichte gegeben. Die Abrechnung des 3. Quartals ergab für die Verbandskasse eine Bilanz von 1620,16 M. — Der Bestand der Lokalkasse erhöhte sich von 800,37 M. auf 986,80 M. Die Ausgaben betragen 211,98 M. Der Mitgliederstand stieg von 92 auf 98 männliche und von 64 auf 69 weibliche Mit-glieder.

Sodann entrollte uns Kollege Moth-Berlin in einstündigem Vortrage ein Bild von der Arbeit-erbewegung. Es war ein Bild fast trostloser Beugung von Arbeitskräften vor dem übermächtigen Kapital, was uns da gezeigt wurde. Doch das ist in Arbeit-erleben! Sieht es bei uns in Bremen anders aus? Unterdrückungen werden auch von den hie-sigen Unternehmern ausgeübt, wie sie am besten zu fruchten scheinen. In einer Stadt, wo es Arbeit-ern leichter fällt, ihre Stellung zu wechseln, kann man nicht die gleichen Mittel anwenden. Hier wie dort aber ist der Zweck — die Niederdrückung der Ar-beiter auf die möglichst niedrigste Stufe — dieselbe. Ueberbrüggen konnte in der Versammlung angeführt werden, daß man es mit Rechtslosmachung bei uns teilweise noch besser kann als in Arbeit-erleben. Dort bekam eine Arbeiterin 1 M. Strafe, weil sie wäh-rend eines Fremdenbesuches im Betriebe gelacht haben sollte. Bei uns ist es vorgekommen, daß Ar-beiterinnen die fällige Lohnzulage von 1 M. pro Woche wegen Nachens während des ganzen Jahres borenthalten wurde. Sind unsere Unternehmer nicht viel pfiffiger? Leider war das in Frage kom-mende Personal nicht organisiert, sonst würde der Verband schon eingegriffen haben. Die Versamm-lung bekundete den in Streit und Aussperrung stehenden Kollegen und Kolleginnen in Arbeit-erleben ihre volle Sympathie und forderte sie auf, treu und geschlossen auszuhalten, bis ihnen ihr Recht ge-worden ist.

Zum Punkt: „Antworten der Unternehmer auf die Kündigung unseres Tarifs“ teilte der Vorsitzende mit, daß von dem Verein selbständiger Buchbinder-meister ein Angebot auf Verhandlungen eingegangen sei, die demnächst stattfinden dürften. Dann wurde der vom Vorstand mit der Lokalkommission und den Vertrauenspersonen in verschiedenen Sitzungen ein-gehend erörterte Tarif ohne Debatte einstimmig an-genommen.

Dessau. Am 27. Oktober fand hier unsere Mit-gliederversammlung statt, welche sich eines guten Be-suches erfreute. Gauleiter Kollege Böhmke-Mappe-burg referierte über: „Die Entstehung des Deutschen Buchbinderverbandes und seine Entwicklung.“ Red-ner ermahnte zum Schluß die Kollegen zur fleißigen Verbandsarbeit, da Stillstand nur Rückgang bedeute. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde Klage geführt über die schlechte Entlohnung in einigen Betrieben. Hoffentlich werden auch die wei-teren Versammlungen so gut besucht als diese.

Rundschau.

Ein direkt skandalöses Vorgehen der Fleischer-meister führte in der Vorwoche in Berlin zu einer Reihe von Zusammenstößen derselben mit armen Arbeiterfrauen, die von jenen staatsberhaltenen Ele-menten in der frechstem Weise genarrt und verhöhnt und dann noch durch unerwünschte Provokationen so weit gereizt wurden, daß diese einem Teile jener Gesellschaft zeigten, „was eine Harze ist“. Die Stadt Berlin hatte aus der Not eine Tugend gemacht und das größte Fleischgeschäft im Lande eingerichtet. Drei-tausend Zentner ausländisches Fleisch, nächstens fünftausend, läßt sie wücherlich kommen, um es in den städtischen Markthallen abzusetzen. Eine Anzahl Fleischermmeister hatten sich zum Vertrieb bereit er-klärt. Als aber die Arbeiterfrauen nach stunden-langem Warten Einlaß in den Markthallen fanden, mußten sie erfahren, daß sie von dieser in skanda-lösester Weise genarrt worden waren, indem die Fleischermmeister gar nicht daran dachten, ihr Wort zu halten und das ausländische Fleisch zu verkaufen. Sie streikten, weil ihnen um die Preise des inländischen Fleisches bange war und sie hofften, durch ihr Ver-halten die Einfuhr des billigeren ausländischen Fleisches zu verhindern. Darum verbreiteten sie da-

neben noch mit wissentlichen Unwahrheiten über die Qualität des ausländischen Fleisches geschickte Flugblätter. Während aber den Arbeiterfrauen die Mitteilung wurde, daß ein Verkauf des ausländischen Fleisches nicht stattfinden, standen die Herren Schlächtermeister, mit dem Beschluß an der Seite und der weißen Schürze über dem Bauch, höhnisch grinsend in ihren Verkaufsständen, und einzelne von ihnen spotteten gar noch der Frauen und kränkten sie durch rohe, anzügliche Nebenarten. Und die ehrbaren Gattinnen solcher Bierdemänner taten das gleiche, auch sie ergingen sich in übermütig-frechen Worten und gaben dadurch deutlich zu erkennen, daß sie an Herzensroheit nicht hinter ihren Männern zurückstehen. Was in jenen Tagen von dieser Gesellschaft an Gefühllosigkeit gezeigt wurde, ist kaum glaublich, veranlaßte aber, daß den Hauptstreikern handgreiflich beigebracht wurde, daß auch die Kammergebild einer armen Arbeiterfrau einmal ein Ende hat, und der materielle Schaden, den einige von ihnen erlitten haben durch den Sturm der Frauen auf ihre Verkaufsstände, mag ihnen zeigen, wie erbärmlich ihr Verhalten war.

Unnötig ist es, zu sagen, daß der Berliner Rathausfreiwirt glatt versagte. Der Zentralverband der Fleischergehilfen hatte sich bereit erklärt, durch arbeitslose Mitglieder den Fleischverkauf zu übernehmen. Er wurde abschlägig beschieden. Die Berliner Konjunktionsgesellschaft wollte den Vertrieb für ihre Mitglieder übernehmen. Auch sie erhielt eine ablehnende Antwort.

Jetzt freilich sind auch die Berliner Fleischermeister durch ihren eigenen Schaden klug geworden, und der Vertrieb des russischen Fleisches vollzieht sich in einigermaßen geordneten Bahnen. Aber erst mußte ein Zwang dahintergesetzt werden, ein Zwang, der ausging von verhöhlten und beleidigten Arbeiterfrauen. Wer wollte deren Vorgehen bedauern?

× Unternehmer gegen die Arbeitslosenfürsorge.
Das Gesamtkollegium der württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel, eine in der überwiegenden Mehrheit aus Vertretern der Handels- und Handwerkskammern bestehende beratende und beratende Körperchaft, hatte sich mit der Frage zu befassen, ob in das nächste Staatsbudget Mittel eingestellt werden sollten zur Förderung der Arbeitslosenversicherung. Da die Unternehmervertreter in jeder staatlichen Zuwendung für diesen Zweck eine Förderung der sozialdemokratischen

Partei und eine Entlastung der gewerkschaftlichen Zentralverbände erblickten, lehnten sie dieselbe ab. Die vier Arbeitervertreter, die dem Kollegium als so eine Art Konzeptionschulzes angehören, traten natürlich entschieden für die staatliche Unterstützung der Arbeitslosenfürsorge ein, aber da sie eine kleine Minderheit darstellten, richteten sie nichts aus. Der ablehnende Beschluß der Unternehmer wendet sich gegen einen Mehrheitsbeschluß des Landtages, der der Sozialdemokratie zu verdanken war und der Mittel bereit gestellt wissen will zur Gewährung von Staatsbeiträgen an solche Gemeinden, welche die Unterstützung der Arbeitslosen in geeigneter Weise organisieren. Die Frage ist jetzt dadurch praktisch geworden, daß die Stadt Stuttgart eine kommunale Arbeitslosenunterstützungskasse eingerichtet hat, an welche die Gewerkschaften zurzeit ihren Anschluß vollziehen. Man darf jetzt darauf gespannt sein, ob die Regierung beim nächsten Etat dem Kammerbeschluß oder der ablehnenden Haltung der arbeitgeberfeindlichen Unternehmer Rechnung tragen wird. Es zeigt sich aber bei dieser Gelegenheit auch wieder, wie nachteilig für die Arbeiter es ist, daß die Unternehmer in ihren Handels- und Handwerkskammern öffentlich-rechtliche Vertretungskörper zur Geltendmachung ihrer Interessen gegenüber den Regierungen besitzen, während die Arbeiterkammern immer noch fehlen. Wäre in Württemberg eine Arbeiterkammer vorhanden, so müßte sie auch offiziell zu der Streitfrage gehört werden, die Parität wäre hergestellt und die Regierung könnte leichter den Kammerbeschluß erfüllen. Seit den kaiserlichen Februarerlässen von 1890 aber wartet die Arbeiterklasse vergeblich auf diese versprochene Vertretung.

+ Vorsicht beim Invalidenmarktenleben! Aus den Kreisen der Beschädigten ist uns in der letzten Zeit wiederholt berichtet worden, daß ihnen jetzt noch in den öffentlichen Verkaufsstellen alte Marken der Invalidenversicherung verabsolgt worden seien, die dann irrtümlicherweise auch von ihnen gekauft sind. Es sei deshalb hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese alten Marken zu 14, 20, 24, 30 und 36 Pf. jetzt weder verkauft noch gekauft werden dürfen, sondern nur noch die neuen, vom 1. Januar 1912 an gültigen Marken zu 16, 24, 32, 40 und 48 Pf. Bis zum 1. Juli dürfen neben den neuen Marken wohl noch die alten Marken von den öffentlichen Verkaufsstellen verkauft werden, jedoch nur zur Verwendung für die Zeit vor dem 1. Januar

1912. Von diesem Tage an dürfen unter keinen Umständen mehr alte Marken gekauft werden. Wer es dennoch irrtümlicherweise getan hat, dem ist zu raten, unverzüglich seine Karte zur Regelung an die Landesversicherungsanstalt mit dem entsprechenden Antrage einzulegen.

Verichtigung. Im Artikel „Kapitalistischer Organisationszwang“ in der letzten Nummer der „B.-Z.“ hat sich leider ein bedauerlicher Satzfehler eingeschlichen. Es heißt dort in der 6. Zeile des letzten Absatzes der mittleren Spalte auf der Titelseite: „Der Buchhändler-Verein bietet usw.“. Es muß statt dessen heißen, wie schon aus dem ganzen Sinn der Ausführungen herbergeht: „er bietet“.

Abrechnungen

Vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 29. Oktober bei der Verbandskasse ein: Von Ludenwalde mit 1400 Mk., Gau 3 100 Mk., Gau 5 253,52 Mk., Flensburg 88,02 Mk., Erfurt 300 Mk., Gera 200 Mk., Langenlitz 60,31 Mk., Schleiz 256,57 Mk., Dortmund 350 Mk., Duisburg-Muhrort — Mk., Essen 300 Mk., Gelsenkirchen 88,44 Mk., Gagen — Mk., Jferlohn 100 Mk., Remscheid 61,36 Mk., Remscheid 150 Mk., Darmstadt 100 Mk., Frankfurt a. M. 1140 Mk., Burgstadt — Mk., Dresden 9,50 Mk., Zwickau 150 Mk., Gau 13 150 Mk., Kandel 84,80 Mk., Saarbrücken 181,03 Mk., Freiburg i. B. 100 Mk., Heilbronn 1000 Mk., Karlsruhe 250 Mk., Konstanz — Mk., Stuttgart — Mk., Regensburg 195,60 Mk. und von Würzburg mit 200 Mk.
E. Gaueisen.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie an nichtorganisierte Kollegen weiter

ANZEIGEN

Unsern Kollegen
Jhodor Weger
und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Schweinfurt.
Unsern treuen Kollegen **Hickwolf** zur Vermählung die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Karlsruhe.
Unserer Kollegin **Frieda John** und dem Kollegen **Herm. Müller**, sowie der Kollegin **Gertrud Danz** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Ludenwalde.
Unsern lieben Kollegen und Seidfabriker **Karl Bayberger** zu seiner Abreise von hier ein herzliches Lebenswohl.
Die Kollegen und Kolleginnen der Buchbinderei **H. Kaufmann & Co., Hamburg.**
Unsern lieben Kollegen und Schatzgenossen **Karl Bayberger** zu seiner Abreise nach Kopenhagen ein herzliches Lebenswohl. Schachklub Hamburger Buchbinder.

Etuis-Arbeiter.
Tüchtige Etuisarbeiter, auf Schmutz-, Vestekettis u. Silberkassen eingerichtet, sofort gesucht. Offerte mit Lebensansprüchen unter **M. H. 2876** an Rudolf Woffe, Nürnberg.

Wegen Todesfall!
Gute Existenz bietet sich Buchbinder durch Übernahme eines Papiergeschäfts in Wohnng. evtl. als Werkstatt in industriereich. Vorort Magdeburgs. Offerten unter **S. W. 478** erbeten.

Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 8. November 1912, abends 8 Uhr,
in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 95/96
I. Vortragsabend
Thema: **Die religiösen Momente im wissenschaftlichen Sozialismus.**
Vortragender: **Dr. M. Maurenbrecher, Mannheim.**
Eintrittskarten à 10 Pf. sind im Bureau, in allen Zahlstellen und bei den Vertrauenspersonen zu haben. Der Eintrittspreis wird am Saaleingang zurückgezahlt.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Perfekter Prägemeister
der auch mit Sprickarbeiten vertraut ist, für große Buchbinderei und Prägeanstalt nach **Rio de Janeiro, Brasilien**, gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen zu richten an
Karl Krause, Maschinenfabrik, Leipzig 13.

Tüchtige Linierer
auf Förste & Tromm für Extraanfertigungen sucht per sofort
Carl Cauler, Geschäftsbücherfabrik, Stuttgart.



Kostenfreier Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig
Inserate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.